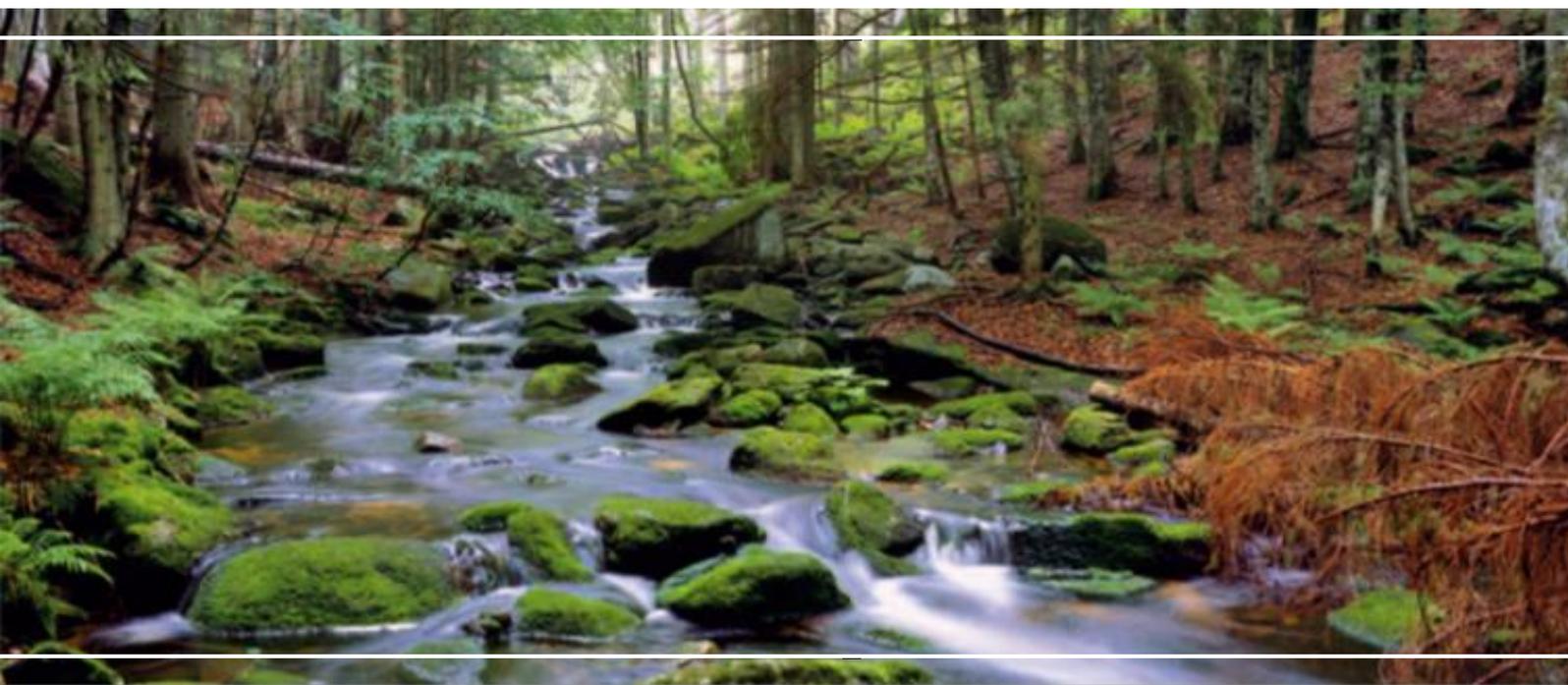


Deutscher Naturschutzring

Jahresbericht 2014



Impressum

Deutscher Naturschutzring – Jahresbericht 2014

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen e.V. (DNR)
Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 – 678 1775 – 70
E-Mail: info@dnr.de
www.dnr.de

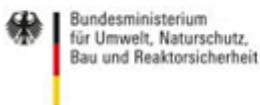
Redaktion: Helga Inden-Heinrich (verantw.), Anke Draheim, Bjela Vossen, Doris Rohde, Eric Janacek, Jochen Fritz, László Maráz, Marie, Luise Abshagen, Simon Straub, Theresa Klostermeyer, Dr. Torsten Ehrke

Bildnachweis:

Deckblatt: Günter Moser, Umweltzentrum Wiesenfelden

Förderhinweis

Der Deutsche Naturschutzring wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und vom Umweltbundesamt. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.



Inhalt

Aktivitäten des DNR	3
EU-Koordination	9
Projekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung“	13
Projekt „Reform des Bundesberggesetzes“	18
Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende in Gründung	21
Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung	22
Projekt Waldbiodiversität	24
Kampagne „Meine Landwirtschaft“	26
Anhang	29

Aktivitäten des DNR

Im Jahr 2014 führte der Deutsche Naturschutzring (DNR) eine Vielzahl natur-, tier- und umweltpolitischer Initiativen durch. Neben der inhaltlichen Arbeit organisierte der DNR Veranstaltungen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen, formulierte in Form von Pressemitteilungen und Positionspapieren Forderungen gegenüber politischen EntscheidungsträgerInnen, unterstützte und koordinierte die Zusammenarbeit der DNR-Mitgliedsverbände und setzte sich gesamtgesellschaftlich für den Natur-, Tier- und Umweltschutz ein. Eine detaillierte Liste der Veröffentlichungen, Pressemitteilungen, Veranstaltungen und Spitzengespräche des DNR im Jahr 2014 befindet sich im Anhang.

Themenschwerpunkt Energiewende

Kurz vor der geplanten Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) am 26. Juni hat der DNR die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aufgefordert, dem Entwurf nicht zuzustimmen, da ansonsten die von der großen Mehrheit der Bundesbürger unterstützte Energiewende abgewürgt würde. Somit stellte sich der DNR gegen die Deckelung beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und die Belastung des Eigenstromverbrauchs mit der EEG-Umlage.

Im Jahr 2014 fiel der Startschuss für den Aufbau des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE) in Trägerschaft des DNR

(siehe Seite 21). DNR-Präsidiumsmitglied Ludwig Sothmann arbeitet als zweiter Stellvertreter der Fachagentur Windenergie an Land zur Energiewende.

Themenschwerpunkt Atommüll

Die vom DNR federführend und einem breiten Trägerkreis aus Umweltverbänden und Bürgerinitiativen organisierte und viel beachtete Tagung "Atommüll ohne Ende - Auf der Suche nach einem besseren Umgang" am 28. und 29. März 2014 erbrachte viele Erkenntnisse für das weitere Verfahren der Endlagersuche, gab einen Überblick über den gesamten anfallenden Atommüll Deutschlands und leistete einen Beitrag für die überfällige breite gesellschaftliche Debatte zur Lagerung des angefallenen Atommülls.

Themenschwerpunkt PCB

Polychlorierte Biphenyle (PCB) sind giftige, krebserregende Chlorverbindungen. Sie wurden bis in die 1980er Jahre unter anderem in Transformatoren, Hydraulikanlagen und als Weichmacher in Kunststoffen verwendet. Inzwischen haben sich PCB weltweit stark ausgebreitet und sind durch die Stockholmer Konvention verboten. Die Ursachen der PCB-Belastung liegen vor allem in der Freisetzung von Altlasten bei Abriss- oder Sanierungsarbeiten in alten Gebäuden. Weitere Emissionsquellen sind Metallschmelzen, die Stahlproduktion und Schredderanlagen. Als PCB-Ersatzstoffe finden Chlorparaffine in Textilien, Möbel, Far-

ben, Insektiziden, Putzmitteln und Kosmetika im Alltag an vielen Stellen Verwendung.

Der DNR hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks aufgefordert, die Emissionsquellen von PCB einzudämmen und sieht die Bayer AG als Hersteller dieser Produkte in der Pflicht, die dadurch verursachten Schäden zu begrenzen. PCB-Ersatzstoffe sind gefährlich und müssen nach Ansicht des DNR durch eine Verschärfung der europäischen Chemikaliengesetzgebung REACH möglichst schnell aus dem Verkehr gezogen werden.

Themenschwerpunkt Tier- und Artenschutz

Der DNR hat 2014 daran gearbeitet, die Debatte, dass Natur- und Tierschutz zusammengehörende Themen sind, voranzubringen. In einem Positionspapier weisen die im DNR vertretenen Tier- und Artenschutzorganisationen zur Tierschutzpolitik in der 18. Legislaturperiode gemäß dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU, SPD darauf hin, dass trotz der Verankerung des Tier-, Natur- und Umweltschutzes in Artikel 20a des Grundgesetzes immer noch erhebliche Defizite im Tier- und Artenschutz bestehen. Deutschland muss deutlich größere Anstrengungen unternehmen, um dem durch die Staatszielbestimmung festgeschriebenen Anspruch zu genügen.

In der agrarindustriellen Tierhaltung besteht dringender Handlungsbedarf, beispielsweise beim Umbau zu tier- und umweltverträglichen Haltungssystemen. Tieren darf allein aus wirtschaftlichen Gründen keine Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden. Die Praxis der Anpassung von Tieren an Haltungssysteme muss beendet werden. Amputationen von Schnäbeln und Daumenkrallen, Enthornungen,

Schwanzkürzungen und Flügelstutzen sind inakzeptabel. Deshalb müssen die Forschungsanstrengungen zu tiergerechten Alternativen verstärkt und Investitionen in artgerechte Haltungssysteme gefördert werden.

Das von der Bundesregierung vorgesehene grundsätzliche Importverbot von Wildfängen begrüßt der DNR ausdrücklich, denn es entspricht dem Vorsorgeprinzip und beendet die Plünderung von Wildbeständen für den hiesigen Heimtiermarkt. Zudem erarbeitete der DNR eine Reihe von Forderungen zur bundeseinheitlichen Regelung des Handels mit und der privaten Haltung von exotischen Tieren und Wildtieren, zur Umsetzung eines Verbotes von gewerblichen Tierbörsen für exotische Tiere, zur Eindämmung der Wilderei und zur Umsetzung eines verbesserten Schutzes der Zugvögel entlang der Zugrouten.

Nationales Naturerbe

In der 15. Legislaturperiode der Bundesregierung konnten rund 30.000 Hektar ehemals volkseigener Flächen im Bundeseigentum (BVVG-Flächen) langfristig für den Naturschutz gesichert werden. In der 16. Legislaturperiode beschloss die große Koalition die Sicherung von bis zu 125.000 Hektar Naturschutzflächen als „Nationales Naturerbe“. Der DNR setzte sich 2014 dafür ein, dass noch in der 17. Legislatur die vereinbarte Flächenübertragung vorläufig abgeschlossen und damit ein wesentlicher Beitrag zur Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt der Bundesregierung geleistet werden kann.

Auch die 30.000 Hektar der ökologisch wertvollen Flächen, die bei der Bundeswehrreform aus der Nutzung genommen worden sind,

sollten als Nationales Naturerbe gesichert werden. Für die langfristige Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes muss ein langfristig tragfähiges und verlässliches Finanzierungsinstrument geschaffen werden. Die DNR-Strategiegruppe hat 2014 hierzu erste realistische Vorstellungen entwickelt.

Düngemittelverordnung

Mit dem am 23. Oktober 2014 vorgelegten Eckpunktepapier für eine Novelle des Düngerechts forderten der DNR, seine Mitgliedsverbände BUND, NABU und die Grüne Liga sowie Greenpeace und der WWF die Überarbeitung der geltenden Düngeverordnung. Sie forderten deshalb von der Bundesregierung eine Trendwende im Wasserschutz und einen Verordnungsvorschlag für einen umfassenden Wasserschutz gemäß den EU-Richtlinien. Mit zehn Forderungen appellierten sie, die Nitrat- und Phosphatbelastung zu minimieren, denn mehr als die Hälfte der Grundwasservorkommen in Deutschland weisen zu hohe Nitratwerte auf.

Alleebäume

Der DNR setzte sich zusammen mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) dafür ein, dass die Bundesregierung die Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme (RPS) zurücknimmt und mehr Geld für den Erhalt von Alleen und Straßenbäumen bereitstellt.

Die seit 2009 geltenden Abstandsregeln, die in den RPS festgeschrieben sind, sollten eigentlich nur für Neu- oder Ausbauprojekten gelten, werden zunehmend aber auch für bestehende Straßen angewendet. Statt 4,50 Meter gilt nun bei Neupflanzungen von Straßenbäumen ein Abstand von 7,50 Metern vom Fahrbahnrand.

Das erschwert Neupflanzungen, da die Grundstückseigner die nötigen Flächen nicht hergeben. Zudem scheuen die Straßenbauämter solche großzügig angelegten Straßen, um zusätzliche Kosten zu vermeiden. Versicherungswirtschaft und Bundesverkehrsministerium haben Bäume zudem als Gefahr für die Verkehrssicherheit ausgemacht. Rund 25 Prozent der tödlichen Verkehrsunfälle auf Bundesstraßen sind Baumunfälle, auf Landstraßen sind es 30 Prozent. Immer mehr Straßenbäume fallen daher der Motorsägen zum Opfer. Allein im alleereichen Brandenburg wurden zwischen 2010 und 2012 insgesamt 11.025 Bäume gefällt, aber nur 9.765 neu gepflanzt.

Laut Ansicht von DNR und SDW sind Straßenbäume ein prägendes Element des Landschaftsbildes und wegen der intensiven Landwirtschaft ein immer wichtiger werdender Lebensraum für Tiere. Auch als Gestaltungselement zur besseren Erkennbarkeit des Straßenverlaufs sowie für Wind-, Sonnen-, und Schneeschutz sind sie unverzichtbar.

Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende

Zusammen mit dem Verband Deutscher Wissenschaften (VDW) arbeitete der DNR in einem Projekt zu „Capacity Building“ und „Empowerment“ von Umweltorganisationen zur Forschungswende. Projektziel ist, von zivilgesellschaftlichen Akteuren formulierte gesellschaftliche Interessen verstärkt in die Forschungspolitik einzubringen und zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke besser untereinander und mit der Wissenschaft zu vernetzen.

Die Plattform Forschungswende gibt als Forum

der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, zu relevanten Themenfeldern Diskurse zu führen. Die Verbandsforderung nach mehr Partizipation und Transparenz hat die Bundesregierung bereits in die Hightech-Strategie 2014 aufgenommen.

DNR-Weiterbildungskurs „Zupis“

Im Kooperationsprojekt vom DNR und der Bewegungsakademie „Weiterbildungsprogramm: kompetenzorientiertes und integriertes Lernen als übertragbarer Ansatz für die Qualifizierung umweltpolitisch Engagierter“ erprobten junge Umweltengagierte aus Natur- und Umweltschutzverbänden und -initiativen im Weiterbildungsprogramm „Kurs Zukunftspiloten“ verschiedene Ansätze, die auch auf andere Weiterbildungskontexte übertragbar sind.

Aufgrund der großen Nachfrage des bundesweit ausgeschriebenen Programms kamen zwei Kurse zustande. Während des von der Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderten Projektes wurden pro Kurs 7 Seminare und 10 Webinare durchgeführt, bei denen die Entwicklung methodischer, sozialer, analytischer und kommunikativer Kompetenzen im Zusammenhang mit natur- und umweltpolitischem Engagement im Vordergrund stand.

Die Teilnehmenden bearbeiteten in kleinen Teams ein umweltpolitisches Thema, zu dem sie ein Kampagnenkonzept einschließlich eines Kommunikations- und Fundraising-Konzepts entwickelten. Eine E-Learning-Plattform diente der Strukturierung des Kurses. Umweltorganisationen, die am Ende von einem Kampagnen- oder Projektkonzept profitieren könnten, brachten Themenvorschläge für die Teamarbeit ein und sorgten für zusätzlichen Praxisaus-

tausch. Das Projekt wurde mit verschiedenen Instrumenten evaluiert und mittels einer Broschüre sowie auf der Internetseite www.zukunftspiloten.de dokumentiert.

Verbändeforum 2014

Das DNR-Verbändeforum am 3. September 2014 in den Räumen des Sachverständigenrats für Umweltfragen und unter der Moderation des DNR-Generalsekretärs stieß auf großes Interesse der Anwesenden. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Ausführungen der Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) Frau Professor Beate Jessel. Sie regte an, die rund 330 Qualitäts- und Handlungsziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt auf einige wenige herausragende Ziele zu fokussieren, um die Wahrnehmung der Nationalen Strategie in der Öffentlichkeit zu verbessern.

Professor Joachim von Braun stellte als Vorsitzender des Bioökonomierats dessen Neuausrichtung vor. Im Jahre 2010 wurde die nationale Forschungsstrategie Bioökonomie 2030 vom Bundeskabinett verabschiedet und 2012 der Bioökonomierat neu berufen. Seine Arbeit koordinieren bis zu acht Bundesressorts. Im Mittelpunkt steht die nachhaltige Bereitstellung von biobasierten Rohstoffen. Elke Bruns vom Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) informierte über die Bundesfachtagung des BBN „Naturschutzrecht 2015“ in Kassel und das Planspiel mit den Ländern zur Bundeskompensations-Verordnung. Michael Beier, Vorstand der Heinz Sielmann Stiftung, ging auf die naturnahe Gestaltung von Firmengeländen und ein biotopverbindendes Trassenmanagement, gefördert aus Mitteln des Bundesprogramms Biologische Vielfalt, ein. Er wies auf das Problem von Naturschutzflächen hin, die

sich im Laufe der Zeit entwickeln, wobei aber die gewerbliche Nutzung der Flächen Priorität haben. Fabian Spörer warb für die Crowdfunding-Plattform der Deutschen Umweltstiftung. Diese soll Mittelgeber und –nehmer zusammenbringen und transparent zeigen, wer für die unterschiedlichen Projekte spendet.

Deutscher Naturschutztag 2014

Der 32. Deutscher Naturschutztag (DNT) fand vom 8. bis 12. September 2014 im kurfürstlichen Schloss Mainz unter dem Motto „Verantwortung für die Zukunft, Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“ statt. Erstmals gab es dort das vom DNR koordinierte Modul Tierschutz. Martin Geilhufe, Vertreter der Jugendverbände im DNR-Präsidium, trat als Redner zum Thema „Digital Natives“ in der Auftaktveranstaltung auf. Beim 33. DNT 2016 wird erstmals ein Jugendmodul in den DNT integriert werden.

In ihrer Abschlusserklärung machten die TeilnehmerInnen des DNT auf Anforderungen für eine Verbesserung des Tierschutzes aufmerksam. Sie kritisierten, dass die Entwicklung zu agrarindustriellen Produktionseinheiten im Ackerbau zu Biodiversitätsverlust in der Agrarlandschaft führe und in der Tierhaltung zu riesigen Anlagen ohne Flächenbindung und damit zu einer Reduzierung auf nur wenige, diesen Haltungsformen angepassten Nutztier-rassen. Gülle, Nitrate, Ammoniak, Medikamenten- und Hormonrückstände belasten Böden, Oberflächengewässer und Grundwasser. Der Futtermittelanbau für die hiesigen Megaanlagen führt in den Ländern des globalen Südens zu gravierenden Biodiversitätsverlusten. Deshalb forderten die TeilnehmerInnen, dass der im Koalitionsvertrag angekündigte wissen-

schaftliche Diskurs über Größen tiergerechter Haltung von Nutztieren mit dem Ziel einer deutlichen Anhebung der Tierschutzstandards in Anlehnung an die Vorgaben des Tierschutzplanes des Landes Niedersachsen vorangetrieben wird, um ein ausgewogenes Verhältnis von zur Verfügung stehender Fläche und Tierbesatz zu erreichen und einen Beitrag zum Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft zu leisten.

DNR-Förderprojekt „Mehr Agrarökologie!“

Im September 2014 erhielt der DNR eine zweckgebundene Spende von Alnatura und Lebensbaum, mit der das Förderprojekt „Mehr Agrarökologie!“ ins Leben gerufen wurde.

Ziel ist die Förderung der Umstellung von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft durch finanzielle Unterstützung während der Umstellungsphase und gleichzeitiger Beitritt zu einem anerkannten Ökolandbauverband.

Bereits im Frühjahr 2015 sollen auf der Weltleitmesse für Lebensmittel, der Biofach, erste Preisträger bekannt gegeben werden.

DNR-Mitgliederversammlung 2014

Die von der DNR-Satzungskommission vorgelegte Änderung der Satzung ist am 29.11.2014 einstimmig von der DNR-Mitgliederversammlung angenommen worden und mit der Eintragung ins Vereinsregister am 03.06.2015 in Kraft getreten. Die Änderungen gab es unter anderem zur Verlagerung des Sitzes des DNR von Bonn nach Berlin, zur Extremismusklausel, zum Stimmenschlüssel bei Abstimmungen, zur Beitragsbemessung und zur Ehrenamtspauschale.

Vier neue Organisationen sind mit Pro Wildlife, einer Tier- und Artenschutzorganisation, der Petitionsplattform Campact, dem Forum für internationale Entwicklung und Planung Finep und Melifera, der Vereinigung für wesensgemäße Bienenhaltung, dem DNR beigetreten.

Nach 35 Berufsjahren verabschiedete sich DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen in den wohlverdienten Ruhestand. In seiner Ansprache betonte er die Notwendigkeit der konstruktiven Kooperation der deutschen Natur-, Tier- und Umweltverbände unter dem Dach des DNR, um eine schlagkräftige Allianz zur Verwirklichung des Natur-, Tier- und Umweltschutzes aufrecht zu erhalten und Verbandsegoismen zu überwinden. Liselotte Unseld wurde als designierte neue Generalsekretärin vorgestellt. Mit dem Wechsel an der Spitze wurde auch die Geschäftsstelle umstrukturiert. Die bisherige stellvertretende Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich ist nun Geschäftsführerin.

Serviceangebote für Mitgliedsorganisationen

Das Verbandsmagazin „umwelt aktuell“ ist der monatlich erscheinende Infodienst des DNR für deutsche und europäische Umweltpolitik. Die umwelt aktuell hält die DNR-Mitgliedsorganisationen, Politik und Öffentlichkeit auf dem Laufenden. Das DNR-Redaktionsbüro bietet auch den täglichen Pressespiegel mit aktuellen naturschutzrelevanten und umweltpolitischen Meldungen der großen Zeitungen und Onlineportale an. Im Pressespiegel bereitet der DNR aktuelle Presseinformationen exklusiv für die DNR-Mitgliedsorganisationen und das Präsidium auf. Aktuelle Publikationen, Stellungnahmen und Veranstaltungen des DNR, seiner Mitgliedsorganisationen und externer Organi-

sationen und Institutionen stellt der DNR in seinen wöchentlichen Informationen zusammen.

DNR Geschäftsstelle

Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 70
E-Mail: info@dnr.de
www.dnr.de

Dr. Helmut Röscheisen
Helga Inden-Heinrich
Doris Rohde
Juliane Grüning
Daniel Hiß
Eric Janacek
Aroti Briand
Anke Draheim
Heike Pagel
Yvonne Sandberg
Valentina Voß (FÖJ bis 08/2014)
Robert Multrus (FÖJ bis 08/14)
Jurek Brzoska (FÖJ ab 09/14)
Aylin Sprünken (FÖJ ab 09/14)

Redaktionsbüro umwelt aktuell

Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 82
E-Mail: eu-info@dnr.de
www.eu-koordination.de
Helga Inden-Heinrich (verantw.)
Marion Busch
Daniel Hiß (bis 09/14)
Eric Janacek (seit 09/14)

EU-Koordination

Auch im Jahr 2014 hat die EU-Koordinationsstelle des DNR mit Veranstaltungen, Veröffentlichungen, dem elektronischen EU-Umweltnewsletter und auf der Website www.eu-koordination.de die deutsche Natur-, Tier- und Umweltschutzszene über Entwicklungen auf europäischer Ebene informiert.

Das Team der EU-Koordinationsstelle hat daran gearbeitet, die Aktivitäten der NGOs national und auf europäischer Ebene besser zu koordinieren, EU-politische Themen aufzubereiten und den Kreis der Europa-Aktiven zu vergrößern. Dabei half der enge Kontakt mit europäischen Partnerorganisationen wie dem Europäischen Umweltbüro. Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen 2014 durch die Projekte „Fit für die neue EU-Finanzperiode“ und „EU-Umweltpolitik Reloaded“ auf der lang- und mittelfristigen EU-Umweltpolitik. Dort wurden insbesondere die Prozesse zur Europawahl und zu den Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP und begleitet. Das Projekt „Mission Kommission“ fokussierte die Einflussnahme zur Neubesetzung der Europäischen Kommission und den Kampf gegen deren Deregulierungsbestrebungen auf Kosten der Umwelt. Ein weiterer Schwerpunkt lag, finanziert durch die ECF, in der Arbeit für ein ambitioniertes Energie- und Klimapakete 2030.

Politische Schwerpunkte

Am 25. Mai 2014 war **Europawahl**. Zum ersten Mal fanden die EU-Parlamentswahlen gemäß dem Vertrag von Lissabon statt. Deutschland stellt jetzt 96 von 751 Abgeordneten im EU-Parlament. Anfang 2014 nominierten die nationalen und europäischen Parteien ihre KandidatInnen für das Amt des Präsidenten der EU-

Kommission und stellten ihre Europawahlprogramme auf.

Seit der Europawahl gibt es im EU-Parlament faktisch eine Große Koalition zwischen der konservativen EVP und der sozialdemokratischen S&D. Das heißt, dass die großen Fraktionen des EU-Parlaments die Kommission stützen. Dies hat auch dazu geführt, dass keine gemeinsame Resolution des Parlaments zum Arbeitsprogramm der Kommission 2014 zustande kam und das Parlament nicht offiziell erklärt hat, dass es mit der Rücknahme der Luft- und Abfallpakete nicht einverstanden ist.

Die **neue EU-Kommission** fokussiert durch Junckers zehn Prioritäten ausschließlich Wirtschaftswachstum. Junckers Investitionspaket über 315 Milliarden Euro war weder mit den Zielen der Wirtschaftsstrategie Europa 2020 noch mit dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung abgestimmt. Durch die Hierarchisierung der neuen EU-Kommission und die Verschmelzung des Umwelt- und Fischereiresorts haben es Umweltthemen schwer, sich gegen die Wirtschafts- und Deregulierungsgenda der Kommission durchzusetzen. Juncker hat dies durch sein Mandat an den Umwelt- und Fischereikommissar Karmenu Vella unterstrichen: Darin blieb das 7. Umweltaktionsprogramm, die von Rat und Parlament beschlossene Langfristumweltplanung der EU, unerwähnt. Dafür soll sich der Kommissar aber nach Junckers Willen mit dem „Fitness-Check“ der Naturschutzrichtlinien beschäftigen, also mit der Option, die Vogelschutz und die Fauna-Flora-Habitatrichtlinie zu verschmelzen. Neue Initiativen zum Umweltschutz wie die Umsetzung des 7. Umweltaktionsprogramms sind weder in dem „Mission Letter“ des Kommissars

für Umwelt, Fischerei und Maritime Angelegenheiten Karmenu Vella zu finden, noch sind sie von Seiten der Kommission gewünscht, da sie nicht in die Agenda von Jobs, Wachstum und Wettbewerb passen. Aufgrund des Drucks der Umweltverbände, darunter des DNR, ist der erste Vizekommissar Frans Timmermans mittlerweile für nachhaltige Entwicklung zuständig.

Ein noch ausstehender Bereich des 6. Umweltaktionsprogramms ist die **EU-Bodenrahmenrichtlinie**. Seit 2007 blockiert die Bundesregierung gemeinsam mit einer Minderheit anderer EU-Länder die EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie, obwohl Deutschland die EU ursprünglich aufgefordert hat, eine europäische Lösung zum Bodenschutz zu finden. Trotz der Bundesratsinitiative vom Dezember 2013 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag im Mai 2014 zurückgezogen. Da der Bodenschutz aber im 7. Umweltaktionsprogramm verankert ist, wird die neue EU-Kommission bis 2019 einen neuen Vorschlag vorlegen müssen.

Die **EU** hat sich bis 2020 konkrete **Klima- und Energieziele** gesetzt: Die CO₂-Emissionen sollen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 20 Prozent gesenkt werden, der Anteil an erneuerbaren Energien auf 20 Prozent steigen und die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert werden. Mit Blick auf den Pariser Weltklimagipfel im Dezember 2015 und die Anforderungen der Wirtschaft an Planungssicherheit eröffnete die EU-Kommission im März 2013 mit ihrem Grünbuch zur Klima- und Energiepolitik bis 2030 die Debatte um die Klimapolitik nach 2020. Die Umweltverbände forderten drei bindende Ziele für 2030: mindestens 55 Prozent Treibhausgasreduktion, 45 Prozent erneuerbare Energien und 40 Prozent Energieeinsparungen. Im Januar 2014 hat die EU-Kommission ein Weißbuch herausgebracht, im Februar stimmte das EU-Parlament ihm seinem Initiativbericht zum Grünbuch für drei verbindliche Ziele. Im März diskutierten das die Staats- und Regierungschefs. Sie einigten sich Ende

Oktober 2014 auf neue Klimaziele für 2030: 40 Prozent weniger Treibhausgase, eine Steigerung der Erneuerbaren und der Energieeffizienz um jeweils 27 Prozent. Den Verbänden ist es nicht gelungen, das Treibhausgasziel von 40 Prozent noch zu erhöhen. Dank der Lobbybemühungen des DNR wurde die Formulierung „at least“ aber doch wieder in die endgültigen Schlussfolgerungen aufgenommen. Dies eröffnet die Möglichkeit für eine Erhöhung der Ambition zu einem späteren Zeitpunkt, die aus Sicht der NGOs sehr wichtig ist. Dass es heute überhaupt ein Effizienzziel gibt und Deutschland für ein verbindliches Energieeffizienzziel von 30 bis 35 Prozent eingetreten ist, ist der Erfolg vom DNR zusammen mit der Deutschen Unternehmensinitiative **Energieeffizienz (DENEFF)**.

Die Regierungen Europas und der USA planen das »**transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen**« (**TTIP**). Mit dem TTIP-Abkommen versprechen Wirtschaftsvertreter in der EU und den USA mehr Wachstum. Sie wollen Handelsströme stärken und mehr Marktfreiheit für Unternehmen. Umweltverbände befürchten hingegen Gentechniklebensmittel und Hormonfleisch sowie insgesamt eine Schwächung von Verbraucherschutz- und Umweltstandards. Bundesregierung und EU-Kommission setzen auf Geheimverhandlungen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente. Das Freihandels- und Investitionsabkommen EU-Canada (CETA) gilt als Blaupause für TTIP.

Die **Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa** deckt den gesamten Umwelt- und Klimaschutz in der Europa-2020-Strategie ab. Mit ihrer Hilfe soll durch die Verringerung des Ressourceneinsatzes, die Steigerung der Ressourcensicherheit und den Abbau der Umweltauswirkungen die Umstellung Europas auf eine ressourcenschonende und kohlenstoffarme Wirtschaft erfolgen. Die Leitinitiative und der Fahrplan „Ressourcenschonendes Europa“ sehen vor, dass Ressourceneffizienz im Europä-

ischen Semester verankert wird. Hierzu gehören vor allem die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen sowie die Verschiebung von Steuerlast vom Faktor Arbeit auf Umweltsteuern, koordiniert durch das Europäische Semester. Die EU-Kommission hat unter Umweltkommissar Janez Potočnik im Juli 2014 ein Paket zur Kreislaufwirtschaft verabschiedet, das die neue Kommission 2015 allerdings wieder zurückgezogen hat.

Vernetzungs-, Lobby- und Presseaktivitäten

Eine zentrale Aufgabe der EU-Koordination ist die Schnittstellenfunktion zwischen Brüssel und Berlin. Dabei kommt der Aufarbeitung von Informationen in Newslettern und Publikationen eine Hauptrolle zu. Schwerpunktmäßig wurden Informationen zur langfristigen EU-Umweltpolitik aufbereitet (Zeitpläne, Inhalte, Positionen, Kontakte). In allen Projekten kamen mit der Netzwerkarbeit und der konkreten Lobbyarbeit zwei weitere Aspekte von großer Bedeutung hinzu. Die Lobbyarbeit bestand vor allem aus folgenden Elementen:

- ❖ Mai: Termine mit deutschen Spitzenkandidaten für die Europawahl
- ❖ Juni: Gespräch mit Günther Oettinger

Eine detaillierte Liste der Veranstaltungen der DNR EU-Koordination befindet sich im Anhang.

Bezüglich der Energie- und Klimaziele 2030 begleitete die EU-Koordination intensiv das Grün- und Weißbuch der EU-Kommission, die Revision der Energieeffizienzrichtlinie mit einem Vorschlag für ein EU-Energieeffizienzziel 2030 und den entscheidenden EU-Gipfel im Oktober 2014, auf dem die Staats- und Regierungschefs für ein verbindliches Treibhausgasziel von 40 Prozent, ein EU-verbindliches Ziel für erneuerbare Energien von 27 Prozent und ein Energieeffizienzziel von 27 Prozent stimmten.

Zusammen mit 19 Natur-, Tier-, und Umweltschutzorganisationen hat die EU-Koordination

vier umweltpolitische Kernforderungen an das neue EU-Parlament gerichtet. Diese wurden gemeinsam mit den deutschen Umweltverbänden erarbeitet und mit vier konkreten Fragen an die KandidatInnen geschickt. Die Antworten auf die Fragen wurden in einem Steckbrief ausgewertet und auf der Website www.umweltcheck-euoparl.de veröffentlicht. Bereits im Vorfeld der Europawahlen arbeitete der DNR eng mit seinen Mitgliedsorganisationen und den Mitgliedern der Klima-Allianz Deutschland zusammen, um Europawahlkandidaten auf guten Listenplätzen zu kontaktieren und über wichtige klima- und energiepolitische Herausforderungen in Kenntnis zu setzen. Von zwölf angefragten Europaabgeordneten fanden Gespräche mit sieben Kandidaten aus Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Berlin, dem Saarland, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Bayern statt. Schwerpunkte der Gespräche waren die Klima- und Energieziele 2030 und der Emissionshandel. Darüber hinaus erarbeitete die EU-Koordination in Kooperation mit CAN Europe und dem EEB Input für die Anhörungen der Kommissare zu TTIP, den Klima- und Energiezielen 2030, Bodenschutz (7. UAP) und zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.

Die EU-Koordination setzte sich dafür ein, dass die Gefahr einer Deregulierung künftiger Umweltgesetzgebung und die einseitige Fokussierung der neuen EU-Kommission auf Wachstum öffentlich debattiert und von Schlüsselfiguren in EU-Parlament und Bundesregierung problematisiert wurde. Darüber hinaus gab der DNR bei der Anhörung der EU-Kommissare Input und sorgte dafür, dass die Themen Energieeffizienz, Emissionshandel, Klimaziele und Boden ausreichend in den Hearings abgedeckt wurden.

Zudem nahm die EU-Koordination an den Konsultationen der EU-Kommission zu den Umweltbeihilfeleitlinien, zum Freihandelsabkommen TTIP, zum Ecodesign, zum Bürokratienabbau und zu No Net Loss teil.

Publikationen und Informationsservice

2014 erarbeitete die EU-Koordination eine Reihe von Print- und Onlinepublikationen. Eine Liste befindet sich im Anhang.

Jeden Donnerstag versickt die EU-Koordination des DNR einen kostenlosen elektronischen **Newsletter zur EU-Umweltpolitik**. Dieser Informationsservice bietet den LeserInnen einen aktuellen Überblick über die wichtigsten europäischen Umweltthemen der laufenden Woche. Die Abonnentenzahl steigt stetig und umfasst zurzeit mehr als 2.700 Interessierte aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Er beinhaltet auch eine Vorausschau auf die Plenarsitzungen des europäischen Parlaments und eine monatliche Vorausschau über Termine der EU-Institutionen. Der Newsletter ist über die Seite www.eu-koordination.de zu beziehen.

Websites

Auf dem Portal zur europäischen Umweltpolitik www.eu-koordination.de gab es auch 2014 an zentraler Stelle die Umweltnews, die den unterschiedlichen Politikfeldern zugeordnet sind. Bereits die Startseite gibt einen Überblick über EU-Termine und laufende Konsultationen. Die Seite wurde kontinuierlich aktualisiert. Sie enthält neben den aktuellen Meldungen über EU-Umwelt- und Naturschutzpolitik weiterführende Adressen und Links, Grundsatzinformationen über Institutionen und Gesetzgebung der EU, AnsprechpartnerInnen im EU-Parlament und bei Brüsseler Verbänden sowie ExpertInnen der Mitgliedsverbände.

Mit der Internetseite www.umweltcheck-europarl.de verbindet die DNR EU-Koordination auf die 96 deutschen EU-ParlamentarierInnen mit regionalen Umwelt-NGOs. Damit ist die Kontaktaufnahme zwischen den lokalen und den europäischen Akteuren einfach. Wer in Brüssel über wichtige Umweltgesetze abstimmen darf, ist auch der

Zivilgesellschaft vor Ort verpflichtet. Alle deutschen EU-ParlamentarierInnen der Legislaturperiode 2014–2019 sind nach ihrer Fraktion, Ausschusstätigkeiten und dem Bundesland, für das sie zuständig sind, sortiert. Nach der Europawahl ist die Seite umfassend aktualisiert worden.

EU-Koordination

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 70

E-Mail: eu-info@dnr.de

www.eu-koordination.de

www.umweltcheck-europarl.de

Bjela Vossen

Antje Mensen

Stefanie Langkamp

Markus Kutzker (seit 09/14)

Lavinia Roveran

Projekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung“

Auch im Jahr 2014 bezog das Projekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung“ seine Arbeit auf die aktuelle Herausforderung der großen sozial-ökologischen Transformation und auf die darin enthaltene Zielsetzung, mehr ökologische Gerechtigkeit zu erreichen. Themen wie Nachhaltigkeit, Generationen- und Umweltgerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und sozialer Ausgleich stehen – nicht zuletzt seit Initiierung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – im gesellschaftlichen und politischen Fokus. Entwicklungen der letzten Jahre wie die Einsetzung der Enquete-Kommission zum Thema „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ zeigten die Dringlichkeit, sich mit neuen Formen von Wohlstandsmessung, Lebensstilen und mit neuen politischen Antworten auf die drängenden Umwelt- und Gerechtigkeitsprobleme auseinanderzusetzen. Veraltete Lehren wie ungebremstes Wachstum um jeden Preis oder kritikloses Technik- und Fortschrittsvertrauen in Frage zu stellen, ist ein wichtiger Teil dieses Wandels.

Das Projekt hat im Kontext dieser Entwicklungen erfolgreich an einer der wichtigsten Strategien für die sozial-ökologische Transformation gearbeitet: der Vernetzung der Zivilgesellschaft unter dem Leitgedanken der ökologischen Gerechtigkeit. Es hat mit Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit dazu beigetragen, die Einheit und Schnittmen-

gen zwischen den Themen Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit in der gesellschaftlichen Debatte und bei zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verankern.

Im Folgenden werden die zentralen Maßnahmen des Projekts „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung“ vorgestellt.

Arbeitsgruppe zu „Gutem Leben und Wirtschaftswachstum“

Über die einzelnen Projekte hinaus ist eine Arbeitsgruppe der Jugendorganisationen der Umwelt- und Sozialverbände aus dem ersten Vernetzungstreffen „Ökologische Wende vs. Sozialpolitik? – Zielkonflikte, potenzielle Synergien und zivilgesellschaftliche Innovationen“ entstanden. Die Gruppe arbeitet seit dem Frühjahr 2014 gemeinsam zum Thema „Wachstum und gutes Leben“. Hier treffen sich kontinuierlich Greenpeace, das Bundesjugendwerk der AWO, die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ), der WWF und der DNR. Der Bund der katholischen Jugend (BDKJ) ist derzeit inaktives Mitglied der AG. Die Grüne Jugend, die Naturschutzjugend (Naju), die BUNDJugend und das INKOTA-Netzwerk haben Interesse bekundet, sich zu beteiligen. In der Arbeitsgruppe ging es bisher vor allem um den Austausch zum Thema sowie um die Frage, was die gewonnenen Erkenntnisse mit

der Arbeit und den Themen der Verbände selbst zu tun haben. Es wurden zudem Inputs zu spezifischen Themen wie „buen vivir“ und Gemeinwohlökonomie veranstaltet und Diskussionsaufschläge dazu verfasst, was Wirtschaftswachstum mit verschiedenen Komponenten guten Lebens (Generationengerechtigkeit, Freiheit, Bildung etc.) zu tun hat.

Projektbroschüre „Netzwerke_n für eine intakte Lebenswelt“

Im Juni 2014 erschien die vom Projekt publizierte Broschüre „Netzwerke_n für eine intakte Lebenswelt – 22 Argumente dafür, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenzudenken“. In der Publikation werden 22 Projekte vorgestellt, die auf die Verknüpfungen zwischen Themen von Umwelt- und Sozialakteuren aufmerksam machen. Aus Bereichen wie Bildung, Integration, Partizipation, Gesundheitsschutz und Mobilität kommen jeweils zwei bis drei Akteure zu Wort. Sie beschreiben praxisnah und anschaulich, warum ihre Arbeit Umwelt- und Sozialthemen verbindet und was notwendig wäre, um noch effektiver für ökologische Gerechtigkeit zu arbeiten.

Die Broschüre wurde dem DNR-Informationssdienst umwelt aktuell beigelegt, sodass die Broschüre sowohl alle DNR-Mitgliedsverbände als auch die breite Vielfalt der AbonentInnen erreichte. Des Weiteren wurde sie gezielt an eine große Bandbreite von AkteurInnen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen versandt, die zu Umwelt-, Sozialthemen oder zu speziellen Themenbereichen aus dem Heft arbeiten.

Schwerpunktheft des Magazins politische ökologie zu ökologischer Gerechtigkeit

Im Herbst 2013 konzipierte das Projekt zusammen mit der Redaktion des Magazins politische ökologie ein Schwerpunktheft zum Thema ökologische Gerechtigkeit für den März 2014. Die Inhalte spiegelten die gesamte Bandbreite des Themas auf nationaler und globaler, auf inter- wie intragenerationeller Ebene wider. Neben Lisi Maier (Bund der katholischen Jugend), Michael Kopatz (Wuppertal Institut), Jörg Haas (Climate Diplomacy Program der European Climate Foundation) und Damian Ludewig (Forum Ökologisch soziale Marktwirtschaft) beleuchteten viele weitere AutorInnen das Thema ökologische Gerechtigkeit in all seinen Facetten.

Podium und Workshops bei der vierten internationalen Degrowth-Konferenz in Leipzig

Vom 2. bis 6. September 2014 fand in Leipzig die „Vierte Internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit“ statt. Das Projekt war hier zusammen mit dem Forum Umwelt und Entwicklung mit drei Veranstaltungen vertreten.

Das Projekt hat es sich zur Aufgabe gemacht, ökologische Gerechtigkeit in all ihren Komponenten zu betrachten. Sowohl intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit, als auch die globale und die nationale Ebene spielen eine Rolle. Die Entwicklungsverbände sind ein wichtiger Akteur im Zusammenhang mit globaler ökologischer Gerechtigkeit. Das Forum Umwelt und Entwicklung mit seinen 32 Mitgliedsverbänden aus Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit steht beispielhaft für das Zusammendenken der Bereiche Umwelt und Soziales. Die weitreichende Debatte um das

systemisch verankerte Wachstumsdogma und seine sozialen und ökologischen Konsequenzen ist ein wichtiger Teil der Transformation. In den Umwelt- und auch in den Entwicklungsverbänden wird das jedoch noch nicht ausreichend diskutiert. Einige Wenige, beispielsweise Brot für die Welt und der BUND, widmen sich dem Thema bereits verstärkt.

Tagung „Die demografische Chance“

Am 23. Juni 2014 lud das Projekt zu einem generationenverbindenden Workshop ein. Junge und ältere Menschen und VertreterInnen aus Politik und Initiativen wurden an diesem Tag zum intensiven Austausch zusammengebracht. Hier wurden zum einen die TeilnehmerInnen für die Chancen, die sich aus der Zusammenarbeit beider Seiten ergeben, sensibilisiert. Zum anderen wurden für das Projekt relevante Themen und Strategien herausgefiltert und diskutiert, welche Themen Alt und Jung wichtig sind und wo sich ihre alltäglichen Herausforderungen, Bedürfnisse, Wünsche und Ziele überschneiden. Zudem ging es um die daraus erwachsenden individuellen Handlungsspielräume und Systemanforderungen. Neben diesem interaktiven Teil in unterschiedlichen Dialogforen gab es Inputs von Dr. Maja Göpel (Wuppertal Institut), Prof. Markus Wissen (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) und Wolfgang Gründinger (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen) zu Fragen generationenübergreifender, sozialer und ökologischer Gerechtigkeit.

Regelmäßige Treffen zum Diskussionspapier „Wider dem Generationenkonflikt!“

Der DNR-Projektfokus „Generationendialoge für mehr ökologische Gerechtigkeit“ brachte

über die Arbeit an einem gemeinsamen Diskussionspapier MitarbeiterInnen von Organisationen, die Alt und Jung vertreten, zusammen. Das Diskussionspapier zeigt, wie ähnlich sich die Bedürfnisse der sehr jungen und der sehr alten Generation in unterschiedlichen Bereichen sind, welche Herausforderungen an Gesellschaft daraus entstehen und welche Chancen sich durch die sozial-ökologische Transformation ergeben, diese Anforderungen zu erfüllen. Im Fokus des Papiers stehen die aktuell sehr relevanten Themen Mobilität und Zeitsouveränität, welche die oben genannten Zusammenhänge beispielhaft veranschaulichen.

Durch die Arbeit am Papier tauschten sich für einen längeren Zeitraum unter anderem VertreterInnen des Verkehrsclub Deutschland (VCD), der Sozialistischen Jugend Deutschlands – die Falken (SjD), der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), der Bundesarbeitsgemeinschaft der SeniorInnenorganisationen (BAGSO) und der SeniorInnenvertretung Berlin-Mitte intensiv aus.

Dabei wurde deutlich, dass es für die Verknüpfung dieser beiden Bereiche noch viel Arbeit bedarf und dass für eine zielgruppenspezifisch und thematisch passende Strategie die Koordination durch eine der VertreterInnen aus einem der Segmente sinnvoll erscheint. Das Papier wird sowohl Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft als auch VertreterInnen der Verbandslandschaft zugespielt und die Idee zur verstärkten Zusammenarbeit von Alt und Jung weiteren Akteuren zugänglich gemacht.

Generationenverbindender Workshop

Der Workshop „Jung und Alt für generationen-

gerechte Quartiere und sozial-ökologisch innovative Wohn- und Lebensformen“ am 11. Dezember 2014 brachte Akteure unterschiedlicher Altersgruppen zusammen, um das Thema innovative Wohnformen in Bezug auf sozial-ökologische Transformation zu beleuchten und dabei den Generationenaustausch zu dem Thema zu befördern. Über 30 TeilnehmerInnen tauschten sich beim Workshop zu innovativen gemeinschaftlichen Nachbarschafts-, Wohn- und Lebensformen sowie generationenübergreifender Quartiersgestaltung aus. Sie konnten dabei feststellen, dass auch dieser Teil sozial-ökologischer Transformation sich für Jung und Alt sehr positiv auf die Lebensqualität auswirken und zudem eine nachhaltige und ressourcenschonende Gestaltung von Lebensweisen bewirken kann. Inputs vom Netzwerk Nachbarschaft und von der Netzwerkagentur Generationenwohnen unterfütterten die Diskussionen mit Expertise und inspirierenden Projektansätzen.

Auch bei diesem Workshop fanden neben Interessierten Privatpersonen viele VertreterInnen aus lokalen Initiativen, Projekten und Netzwerken zusammen. Der Workshop war methodisch darauf angelegt, den TeilnehmerInnen Möglichkeiten zum konkreten Austausch über ihre Projekte und Ideen für die Zukunft sowie für die Suche nach MitstreiterInnen zu bieten.

Veröffentlichungen im DNR-Informationssdienst umwelt aktuell

Der monatliche DNR-Informationssdienst umwelt aktuell wurde genutzt, um das Konzept der ökologischen Gerechtigkeit in komprimierter und gut verständlicher Form zu vermitteln. Dabei hat die Projektleitung darauf geachtet,

dass unterschiedliche Aspekte der ökologischen Gerechtigkeit in Form von Gastartikeln, Interviews oder Kommentaren Berücksichtigung fanden.

Beispiele aus der umwelt aktuell

- ❖ 03/2014: „Keine soziale Gerechtigkeit ohne Umweltschutz“, Kommentar von Theresa Klostermeyer (Projektkoordination)
- ❖ 04/2014: „Ohne die Alten gelingt es nicht, das Land enkeltauglich zu machen“, Interview mit Wolfgang Gründinger (Sprecher der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen) initiiert durch das Projekt
- ❖ 10/2014: „Fragend gehen wir voran! – Warum Umwelt- und Entwicklungsverbände sich mit der Wachstumsdebatte so schwer tun“, Artikel von Theresa Klostermeyer (Projektkoordination) und Marie-Luise Abshagen (Forum Umwelt und Entwicklung), zuerst erschienen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung 03/2014

Projektnewsletter

Ein wichtiger Baustein der Öffentlichkeitsarbeit des Projektes war auch 2014 der vierteljährlich erscheinende Newsletter. Hier wurden alle Entwicklungen aus dem Projekt sowie neue externe Projekte, die zur Verknüpfung von Umwelt- und Sozialem beitragen, vorgestellt und Termine und Literaturtipps verbreitet.

Homepage – Neue Kategorien und neue Inhalte auf der Webseite

Bei der Recherche zum Thema ökologisch-soziale Gerechtigkeit stößt man mittlerweile auf eine Vielfalt an Material, Konzepten und

Ideen. Wer macht wo was, wofür und mit wem? Welche konkreten Projektideen wurden bereits in die Tat umgesetzt? Bei wem könnte man sich Best-practice-Tipps holen? Hier möchte die Projekt-Website www.nachhaltigkeits-check.de Abhilfe schaffen und die vielen Einzelteile zusammenfügen. Akteure, Publikationen und vor allem viele Beispielprojekte wurden deshalb gesammelt und sortiert. Die Seite wurde zudem überarbeitet, um einen besseren Überblick über die unterschiedlichen Kategorien zu haben und um die Kategorien „Akteure“ und „zum Weiterlesen“ ergänzt. Hier finden sich nun Publikationshinweise rund um die Themen Generationengerechtigkeit und ökologisch-soziale Synergiepotentiale. Der benutzerfreundlichen Recherche dient die Untergliederung in verschiedene Themenfelder, von „Klima und Energie“ über „Ernährung und Lebensmittelproduktion“ bis „urbaner Raum, nachhaltige Stadt“. Auch die Terminseite wurde neu unterteilt, damit eine gezielte Suche erleichtert wird. Hier sind nun die Termine des Projektes bzw. des DNR zu und externe Veranstaltungen zu den Projektthemen separat gelistet.

Die Publikationen, Veranstaltungsdokumentationen, Newsletter etc. sind auf der Projekt-homepage www.nachhaltigkeits-check.de zu finden

Projekt Generationengerechtigkeit

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 87

E-Mail: theresa.klostermeyer@dnr.de

www.nachhaltigkeits-check.de

Theresa Klostermeyer

Ragna Bergk

Projekt „Reform des Bundesberggesetzes“

Das Projekt zur Reform des Bundesberggesetzes (BbergG) strebt an, eine Änderung des Bundesberggesetzes in Richtung einer stärkeren Berücksichtigung von Umwelt- und Ressourcenschutzbelangen öffentlich und besonders in den Umweltverbänden zum Thema zu machen. Derzeit gibt das Gesetz stets dem Abbau von Ressourcen den Vorrang, dies ist angesichts der angestrebten Energiewende nicht mehr tragbar. Nach dem Start des Projekts im Sommer 2014 standen vor allem Sondierungen zum Thema in den Verbänden und erste Publikationen an.

Publikationen

Auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings am 29. November 2014 wurde die Projektbroschüre „Bundesberggesetz – eine Reform ist überfällig“ veröffentlicht. Die Broschüre dient als Einstieg in die Bergrechtsdiskussion und bietet den DNR-Mitgliedsorganisationen allen Interessierten einen kurzen Überblick über Defizite des geltenden BbergG und Argumente für eine Reform. Die Broschüre erscheint in einer Auflage von 4500 Exemplaren, davon wurden 1000 der DNR-Verbandszeitschrift *umwelt* aktuell beigelegt. Weitere 2.500 werden 2015 der Zeitschrift *Politische Ökologie* beigelegt.

In der Novemberausgabe 2014 der *umwelt* aktuell wurde unter dem Titel „Ressourcenpolitik: Zeit, alte Zöpfe abzuschneiden“ ein Themenartikel zum Bundesberggesetz veröffent-

licht. Der Artikel legt einen Schwerpunkt auf die Defizite des deutschen Bergrechts insbesondere in den Bereichen Natur- und Ressourcenschutz sowie Öffentlichkeitsbeteiligung. Der Rohstoffabbau genießt in Deutschland eine anachronistische Sonderstellung, die im BbergG festgeschrieben ist und sich im bergrechtlichen Verwaltungsverfahren manifestiert.

Vorträge

Auf dem 32. Deutschen Naturschutztag unter dem Motto „Verantwortung für die Zukunft – Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“ vom 8. bis 12. September 2014 in Mainz hielt DNR-Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen einen Vortrag über die Bedeutung eines reformierten Bundesberggesetzes für Natur- und Ressourcenschutz. Schwerpunkt des Vortrags war eine Analyse der Defizite des BbergG. Ein besonderer Fokus lag dabei auf dem juristischen Spannungsverhältnis zwischen Bergrecht und naturschutzrechtlichen Normen.

Am 13. November 2014 veranstalteten die DNR-Mitgliedsverbände NABU und BUND einen gemeinsamen Verbändeworkshop zum Thema Ressourcenschonung. Dort war auch ein möglicher Beitrag des Bundesberggesetzes zum Ressourcenschutz ein Thema. Projektleiter Daniel Hiß gab einen entsprechenden Input, um in die Thematik einzuführen. Eine gezielte Fragestellung des Kurzinputs war

auch, inwieweit volkswirtschaftliche Bedarfsplanung oder ökonomische Steuerungsinstrumente (Steuern und Abgaben) im BBergG festgeschrieben werden und somit einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten können.

Bündnisarbeit

Das DNR-Projekt „Reform BBergG“ bringt sich mit seiner Expertise und den Projekthaltungen aktiv in den Arbeitskreis Rohstoffe (AK Rohstoffe), ein Netzwerk deutscher Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz einsetzen, ein. Seit 2008 trifft sich der AK Rohstoffe regelmäßig und diskutiert angesichts der negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus über Ansätze einer zukunftsfähigen Rohstoffpolitik. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf rohstoffpolitischer Entwicklungszusammenarbeit, er arbeitet aber auch zur deutschen Rohstoffpolitik. Ein besonderer Schwerpunkt der DNR Tätigkeiten im AK Rohstoffe ist der deutsche EITI-Prozess (Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie). Hier bringt Projektleiter Daniel Hiß die bergrechtliche Expertise des DNR in einer Arbeitsgruppe zum Thema ein.

Twitter

Zur Begleitung und Kommentierung aktueller politischer Prozesse kommuniziert das Projekt auch über Twitter (@ReformBbergG). Über die Nutzung thematisch passender Hashtags kann so auch das Thema Bundesberggesetzes in die Diskussion gebracht werden. Twitter-Start für das Projekt war die mündliche Verbändeanhörung zu den Fracking-Referentenentwürfen, von der aus live getwittert wurde.

Bündnisarbeit zum Schwerpunktthema Frackinggesetzgebung

Im Zuge der politischen Arbeit zum Frackinggesetz ist es unter Federführung von DNR und BUND gelungen, eine stetig wachsende Arbeitsgruppe von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie Bürgerinitiativen aufzubauen. Inzwischen sind auch die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirche, die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) sowie die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) fest in der Arbeitsgruppe involviert. Gemeinsam haben die Organisationen unter anderem die Aktion „Frackingfreie Gemeinden“ ins Leben gerufen, bei der sich Gemeinden per Stadt-ratsbeschluss als frackingfrei erklären können. Die „Frackingfreien Gemeinden“ sind in einer Karte erfasst.

Zudem wächst durch die Begleitung der Fracking-Gesetzesreformen das Bewusstsein unter den beteiligten Akteuren über die Relevanz des Bundesberggesetzes, auch über das Fracking hinaus.

Kurzanalyse „Fracking-Mythen“

Am 23. September veröffentlichten DNR und BUND eine gemeinsame Kurzanalyse des von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks vorgelegten Fracking-Eckpunktepapiers. Darin räumten die Umweltverbände mit den gängigsten Fracking-Mythen auf und informierten über die tatsächlichen Pläne, die hinter dem Eckpunktepapier steckten. Als Gegenvorschlag zur im Eckpunktepapier angedachten Regelung brachten die Verbände eine Reform des Bundesberggesetzes ins Spiel.

Pressearbeit zum UBA-Umweltgutachten

Am 30. Juli 2014 veröffentlichte das Umweltbundesamt den zweiten Teil des Umweltgutachtens zu den Risiken der Fracking-Technologie. Der DNR begrüßte in einer Pressemitteilung dessen Ergebnisse und forderte ein generelles Fracking-Verbot.

Projekt Reform des Bundesberggesetzes

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 72

E-Mail: daniel.hiss@dnr.de

Daniel Hiss

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende in Gründung

Das Projekt „Schaffung der Voraussetzungen für den Aufbau eines Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE)“ hat am 1. Mai 2014 unter der Trägerschaft des Deutschen Naturschutzrings seine Arbeit aufgenommen. Die Projektleiterin ist Helga Inden-Heinrich. Der öffentliche Start erfolgte am 1. Juli 2014 mit einer Presseveranstaltung der Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks und dem DNR-Präsidenten Professor Hartmut Vogtmann.

Unter dem Namen Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende in Gründung (KNE i.G.) begann ein dreiköpfiges Team unter der Leitung von Dr. Torsten Ehrke, die konzeptionellen, organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das KNE Anfang 2016 seine Arbeit aufnehmen kann. Ziel ist es, dass mit dem KNE ein „kompetenter, anerkannter und neutraler Ansprechpartner für die relevanten Entscheidungsträger aller Ebenen und Branchen“ (Hendricks) entsteht, der – in Umsetzung einer Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD – vor allem vor Ort zur Versachlichung der Debatten und zur Vermeidung von Konflikten mit dem Naturschutz in der Energiewende beiträgt.

Im Sommer und Herbst 2014 führte das KNE i.G. Konsultationen mit allen Akteursgruppen

der Energiewende sowie zahlreiche Einzelgespräche durch. Über 120 Akteure konnten sich so in die konzeptionelle Arbeit einbringen. Darüber hinaus wurde ein Fragebogen erarbeitet und verschickt. Die Rücklaufquote war erfreulich hoch und lag bei etwa 50 Prozent. Die Fragebögen wurden bis Ende Dezember 2014 statistisch ausgewertet. Die Ergebnisse sind anschließend inhaltlich bewertet worden und flossen in die Erarbeitung der KNE-Konzeption ein.

Im Dezember 2014 wurde für das Bundesumweltministerium eine erste „Entscheidungsvorlage zur Organisationsform des KNE“ erarbeitet und diesem am 22. Dezember 2014 übergeben. Anschließend begann die Arbeit an dem Thesenpapier „Das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende in zehn Eckpunkten“.

Das Projekt endet planmäßig am 31. Dezember 2015.

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) i.G.

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 91

E-Mail: info@naturschutz-energiewende.de

Dr. Torsten Ehrke

Michael Krieger

Sabine Spilles

Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung

Projekt: Nach Rio+20: Zivilgesellschaftliche Begleitung des UNCSD-Folgeprozesses mit Schwerpunkt auf Sustainable Development Goals (SDGs)

Das UBA-Projekt begleitete den UN-Prozess der Schaffung einer Post-2015-Agenda. Dabei ging es um eine Zusammenführung der Millenniumentwicklungsziele mit den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals), deren Erstellung auf dem Rio+20-Gipfel beschlossen wurden.

Einer der inhaltlichen Schwerpunkte des Projektes lag auf der **Verankerung der Umwelt- und Nachhaltigkeitsdimension in der Post-2015-Agenda**. Diese war in der nationalen und internationalen Diskussion stark unterrepräsentiert. Ein maßgeblicher Bezugspunkt der Interventionen des Projekts war dabei ein im Jahr 2013 erarbeitetes Positionspapier zur ökologischen Dimension der Post-2015-Agenda, das auf Deutsch und Englisch erschien.

Das Projekt hat des Weiteren in Zusammenarbeit mit VENRO (Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.) auf der Grundlage des Positionspapiers von 2013 ein alle relevanten Kernbereiche der neuen Agenda umfassendes Positionspapier mit dem Titel **„Acht Kernpunkte einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015“** (deutsch und englisch) verfasst. Dieses Papier wurde auf zwei Dialogveranstaltungen zum Thema „Neue Impulse oder business as usual? – Zivilgesellschaftliche Anforderungen und Erwartungen an eine neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015“ mit VertreterInnen des Bundesministeriums für

wirtschaftliche Zusammenarbeit, des Umweltministeriums sowie der Zivilgesellschaft diskutiert. Diese zivilgesellschaftliche Kooperation hat nicht nur zu einer breiten und klaren Positionierung im Prozess geführt, sondern auch die Vernetzung in Bezug auf die Post-2015-Agenda weiter ausgebaut werden.

Auf Grundlage beider Positionspapiere hat das Forum aktiv an den nationalen und internationalen Diskussionen und den Positionierungstexten um die Post-2015-Agenda mitgewirkt. Die ProjektmitarbeiterInnen standen in engem Kontakt mit nationalen und internationalen Akteuren, die ebenfalls intensiv zur Post-2015-Agenda arbeiten. National betraf dies insbesondere die im Forum aktiven NGOs aus der Umwelt- und Entwicklungsszene, die regelmäßig in AG-Sitzungen über den Stand des Prozesses aufgeklärt wurden und häufig das Forum bezüglich des Prozesses konsultierten. Beispielsweise setzen sich die AGs Meere, Wasser, Landwirtschaft und Ernährung sowie Biodiversität bei ihren Sitzungen im Berichtszeitraum mit den für sie relevanten Aspekten der Post-2015-Agenda auseinander und konnten dabei auf die Expertise der ProjektmitarbeiterInnen zurückgreifen. Die ProjektmitarbeiterInnen trafen sich des Weiteren regelmäßig mit VertreterInnen dieser NGOs, um diesen regen Austausch weiter zu konsolidieren.

Auch auf internationaler Ebene ging es nicht nur um gemeinsamen Austausch, auch die Zusammenarbeit spielte eine wichtige Rolle, beispielsweise bei der Positionsfindung der Major Group NGOs oder der zivilgesellschaftlichen Organisation Beyond2015. Dies erfolgte durch die Kommentierung unterschiedlicher Agendavorschläge von UN-Organisationen

sowie zivilgesellschaftlicher Netzwerke und die Teilnahme an einer Sitzung des High Level Political Forums, einem wichtigen Entscheidungsgremium in diesem Prozess, in New York. Internationale Aufmerksamkeit und Zustimmung der internationalen NGO-Community erhielt insbesondere ein **offener Brief des Forums Umwelt & Entwicklung (FUE) an Amina Mohammed, Beraterin des UN-Generalsekretärs für den Post-2015-Prozess**, die die Erstellung des Syntheseberichts federführend erarbeitete. In dem Brief kritisierte das FUE den Textvorschlag für die SDGs und leitete daraus Forderungen an den weiteren Post-2015-Prozess ab.

Am 17. Mai wurde bei der **zivilgesellschaftlichen Veranstaltung „Ein anderes Meer ist möglich!“** zum europäischen Tag der Meere im Rahmen des Projekts ein Workshop zum Thema „Meere: Schwarzes Loch im Völkerrecht?“ durchgeführt. Ein Inputreferat gab Erik van Doorn vom Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, der dem Projekt darüber hinaus für die komplexe Diskussion um Meeres-Governance und deren Einbindung in die Post-2015-Agenda zur Verfügung stand. Als Grundlage des Abschlussdokumentes der Konferenz diente der Abschnitt zu Meeren des FUE-Positionspapiers zur ökologischen Dimension in der Post-2015-Agenda, dessen Forderungen aktualisiert und an die Konferenz der EU-Kommissarin für Meere übergeben wurden.

In Zusammenarbeit mit unfairtobacco diskutierte das FUE am 10. Juni bei einer **Abendveranstaltung mit dem Titel „Tabak – Hindernis für nachhaltige Entwicklung“** das Konzept nachhaltiger Entwicklung und den Zusammenhang und die Widersprüche von nachhaltiger Entwicklung und Tabakproduktion und -konsum.

Bei dem von der Kampagne Meine Landwirtschaft organisierten „Wir haben es satt!“-

Kongress führte das Projekt am 3. Oktober 2014 in Kooperation mit Germanwatch einen **Workshop zum Thema „Ernährung und Landwirtschaft in der Post-2015-Agenda“** durch.

Am 10. November 2014 veranstaltete das Projekt in Kooperation mit dem Global Policy Forum und terre des hommes einen **zivilgesellschaftlichen Intensiv-Workshop zur Post-2015-Agenda**. Bei der Veranstaltung mit dem Titel „Post-2015-Agenda konkret: Widersprüche und wie weiter?“ wurden drei Politikfelder näher beleuchtet und Widersprüche zwischen Post-2015-Zielsetzungen und aktueller Praxis mit ExpertInnen aus der Zivilgesellschaft diskutiert. So konnten Forderungen in den Bereichen Energie- und Rohstoffpolitik, Agrarpolitik, sowie Handels- und Investitionspolitik aufgestellt und diskutiert werden. Darüber hinaus diente der Workshop der Vernetzung und sprach gezielt Personen der Zivilgesellschaft an, die bislang wenig Berührung mit dem Post-2015-Prozess hatten.

Das Projekt erstellte regelmäßig einen **Newsletter**, der die wichtigen Schritte und Neuerungen des Prozesses wiedergab und auf viel Zuspruch stieß. Des Weiteren unterstützte das Projekt die Arbeit anderer zivilgesellschaftlicher Akteure zur Post-2015-Agenda mit Expertise. Die ProjektmitarbeiterInnen konnten außerdem auf zahlreichen **Veranstaltungen** (organisiert von der Bundesregierung, der Wissenschaft oder der Zivilgesellschaft) als Expertinnen zu einzelnen Bereichen des Themas sprechen.

Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 93

E-Mail: info@forumue.de

www.forumue.de

Jürgen Maier, Alessa Hartmann, Marie-Luise Abshagen, Cathrin Klenck

Projekt „Waldbiodiversität lebensraumtypisch erhalten, fördern, entwickeln und vernetzen“

Im Jahr 2014 standen drei Workshops im Mittelpunkt des Projektes, die sich mit verschiedenen aktuellen walddpolitischen Themen befassten. Im Februar wurde in Berlin ein Workshop der Dialogplattform Wald mit dem Thema **„Die internationale Waldpolitik und der Wald“** organisiert, bei der verschiedene Experten über die Auswirkungen internationaler Waldpolitik auf die Bewirtschaftung und die Biodiversität der Wälder informierten. Schwerpunkte waren die **neue EU-Forststrategie**, die Verhandlungen zu einer **Europäischen Waldkonvention** und die **Maßnahmen gegen illegalen Holzeinschlag**. Die Veranstaltung stieß bei mehr als 50 TeilnehmerInnen auf großes Interesse. Das zeigt, dass großer Bedarf an Austausch und Diskussion zu walddpolitischen Themen besteht. Im Mai fand zudem **ein Verbändegespräch mit dem BMUB** zum Thema Internationale Waldpolitik statt.

Im April wurde der nächste Workshop zum Thema **„Wettbewerb um das Holz“** als Zweitägiges-Veranstaltung in Brilon im Sauerland organisiert. Neben den Fachdiskussionen fanden auch Besichtigungen des Holzwerkstoff-Industriestandortes der Firma EGGER in Brilon sowie des Stadtwaldes Brilon statt. VertreterInnen wichtiger Holzverarbeitungsbranchen (Holzwerkstoffindustrie, Pelletverband, chemisch-stoffliche Nutzung, Papierindustrie) diskutierten mit Umweltverbänden und ForstexpertInnen über das Spannungsfeld zwischen Rohstoffbedarf und der Notwendigkeit, ausreichend Holz im Wald zu belassen.

In Sachen **Energieholz** wurde in einem **Beitrag für den Geschäftsbericht des Forest Stewardship Council (FSC)** für die Beibehaltung der Derbholzgrenze von sieben Zentimetern plädiert, um eine Übernutzung der Waldstandorte durch die Energiewirtschaft zu vermeiden. Entsprechende Briefe wurden an den Bundesverband Bioenergie und die Pelletwirtschaft verschickt.

Im November fand in Kooperation mit Akteuren der Forstwirtschaft und des Waldbesitzes der Workshop **„Wie viel Holz kann der Wald liefern?“** in Göttingen statt. An der zweitägigen Veranstaltung nahmen über 60 Personen teil, die überwiegend aus dem Bereich der regionalen und überregionalen Forstwirtschaft (Landesforsten verschiedener Bundesländer) kamen. Aber auch VertreterInnen des Deutschen Forstwirtschaftsrates, der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, des Deutschen Forstvereins, des Bundeslandwirtschaftsministeriums, des Bundesamtes für Naturschutz und des FSC waren vertreten, sowie die Umweltverbände BUND und NABU und die Dauerwaldstiftung. Gemeinsam mit der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt konnten namhafte Referenten gewonnen werden. Am ersten Tag gab es Vorträge zu verschiedenen Bewirtschaftungskonzepten (Landesforsten Niedersachsen und Stadtwald Göttingen/FSC) und am zweiten Tag Exkursionen in die beiden unterschiedlich bewirtschafteten Waldgebiete.

Des Weiteren stand die Redaktion des Waldkapitels des **Kritischen Agrarberichts** an, in dem über die Ergebnisse der Bundeswaldinventur sowie über Internationale Waldpolitikthemen (Waldkonvention, Berichte zu Brasilien, Indonesien, FSC-Zertifizierung und Kampagne zu Nationalpark Steigerwald und Energieholz) berichtet wurde. Anfang Oktober gab es eine Pressemitteilung der Umweltverbände zu den Ergebnissen der 3. Bundeswaldinventur.

Weitere Schwerpunkte waren die Berichterstattung zum illegalen Holzhandel, gemeinsam mit Greenpeace zu Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT) und über Fallbeispiele aus Peru, Rumänien und Brasilien. Am 20. November gab es einen Vortrag zum Thema Grenzen der Holznutzung bei Energieholz an der Hochschule Rottenburg.

Das Projekt erfreute sich großem Zuspruch, anstelle der anvisierten 20 TeilnehmerInnen kamen jeweils zwischen 40 und 60 TeilnehmerInnen zu den Workshops und die konstruktive Diskussionsatmosphäre begrüßten auch die Akteure aus Forst- und Holzwirtschaft.

Projekt „Waldbiodiversität lebensraumtypisch erhalten, fördern, entwickeln und vernetzen“

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 678 1775 89

E-Mail: maraz@forumue.de

www.forumue.de/projekte/plattform-wald

László Maráz

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

Die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ initiierte im Jahr 2014 mehrere Großdemonstrationen, im Januar in Berlin anlässlich des Internationalen Agrarministertreffens, im Sommer an einem Brennpunkt der Agrarindustrie in Brandenburg sowie im Vorfeld der Landtagswahlen in verschiedenen Bundesländern. Ein wichtiger Höhepunkt war außerdem der erste „Wir haben es satt!“-Kongress, der im Oktober 2014 in Berlin stattfand. Darüber hinaus führte die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ Workshops durch und unterstützte die Gründung eines neuen Bündnisses aus Bauern, Bäuerinnen VerbraucherInnen in Sachsen. „Meine Landwirtschaft Sachsen“ gehören derzeit 15 Verbände aus Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen, die für eine naturverträgliche, tiergerechte und soziale Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes eintreten, an.

Großdemonstration „Wir haben es satt!“ in Berlin

Pünktlich zum Auftakt der Internationalen Grünen Woche zogen am 18. Januar 2014 zur vierten „Wir haben es satt!“-Demonstration erneut mehr als 30.000 Menschen mit Transparenten und Kostümen vor das Kanzleramt in Berlin. Die DemonstrantInnen, angeführt von hunderten Bäuerinnen und Bauern und 70 Traktoren, forderten von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Sigmar Gabriel einen Kurswechsel in der Agrarpolitik. Statt

weiterhin Klientelpolitik für die Agrarindustrie zu betreiben, appellierten sie an die Bundesregierung, für eine soziale, tiergerechte und ökologischere Agrarwende einzutreten. Besonders kritisiert wurde das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). Aufgerufen zu der Demonstration hatte ein breites Bündnis aus über 100 Organisationen, initiiert von der Kampagne „Meine Landwirtschaft“.

Workshop-Reihe „Politische Suppentöpfe“

Im Februar 2014 fand der vorerst letzte Workshop aus der Reihe „Politischer Suppentopf“ statt. Bereits im November 2013 gestartet und in enger Zusammenarbeit mit dem INKOTA-Netzwerk und zahlreichen regionalen PartnerInnen, wurden deutschlandweit neun Veranstaltungen durchgeführt. Vor Ort stellten sich lokale Initiativen und Projekte vor. Gemeinsam wurde geschnippelt, gekocht und über eine zukunftsfähige Landwirtschaft diskutiert. Aufgrund des großen Erfolges wurde im Oktober 2014 ein weiterer Workshop durchgeführt. Für Herbst 2015 ist dann auch eine Wiederaufnahme der Politischen Suppentöpfe geplant.

Kundgebung zur Agrarministerkonferenz in Cottbus

Am 4. April kamen über 250 Menschen zu einer Kundgebung anlässlich der Agrarministerkonferenz nach Cottbus. Unter dem Motto „Stoppt Massentierhaltung in Brandenburg!“ hatte das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-

Brandenburg unterstützt vom Kampagnen-Netzwerk Campact und der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ zur Demonstration aufgerufen. Gemeinsam zeigten LandwirtInnen, SchäferInnen und BürgerInnen den AgrarministerInnen, dass Brandenburg nicht zum Massentierhaltungsland Nr. 1 werden möchte und die Menschen sich für eine ökologische und damit gentechnikfreie bäuerliche Landwirtschaft einsetzen.

Aktivitäten zur Europawahl

Im Vorfeld zur Europawahl im Mai 2014 beteiligte sich die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ an zahlreichen Aktivitäten gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP, darunter Online-Petitionen und kleinere öffentlichkeitswirksame Aktionen, und trat dem Bündnis „TTIP Unfairhandelbar“ bei. Darüber hinaus entwickelte die Kampagne für die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings konkrete Kernforderungen für die bevorstehenden Europawahlen im Bereich Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion.

„Wir haben es satt!“-Demonstration gegen industrielle Massentierhaltung in Haßleben

Am 29. Juni rief das „Wir haben es satt!“-Bündnis, initiiert von der Kampagne „Meine Landwirtschaft“, erneut zu einer Demo auf, diesmal im uckermärkischen Haßleben, wo ein geplanter Megastall mit 36.000 Plätzen für Schweine in Betrieb genommen werden sollte.

Trotz Regen kamen etwa 1.000 Menschen, um gemeinsam für die Abkehr von der industriellen Massentierhaltung zu demonstrieren. Von der rot-roten Regierung in Brandenburg forderten sie, die Genehmigung der Mastanlage auf den Prüfstand zu stellen, denn die natur- und brandschutzfachlichen Voraussetzungen für diese seien nie ausreichend geprüft worden.

Unterdessen unterstützen auch 20.000 BrandenburgerInnen mit einer Unterschriftensammelaktion für die Volksinitiative „Stoppt Massentierhaltung“ des Aktionsbündnisses Agrarwende Berlin-Brandenburg den Protest in Haßleben.

„Wir haben Agrarindustrie satt!“-Demonstration in Dresden

Über 3.000 Menschen gingen am 5. Juli für gutes Essen und eine zukunftsfähige, gerechte Landwirtschaft in Dresden auf die Straße. Auf der Demo setzten sich verschiedene RednerInnen konkret für ein Ende der Massentierhaltung und gegen TTIP und dessen Folgen für die Landwirtschaft und Ernährung ein und forderten eine Neuordnung der Agrarsubventionen, die Förderung von Klein- und JungbäuerInnen sowie eine ökologischere Landwirtschaft. Zu der Demo hatte das im Mai neu gegründete Agrar- und VerbraucherInnenbündnis „Meine Landwirtschaft Sachsen“ aufgerufen.

„Wir haben es satt!“-Demonstration in Potsdam

Auf Potsdams erster "Wir haben es satt! Massentierhaltung abwählen!"-Demonstration am 31. August forderten 3.000 DemonstrantInnen die Abkehr von der Agrarindustrie hin zu einer bäuerlichen, tier-, natur- und umweltgerechten Landwirtschaft. Das Ziel der Demo war im Vorfeld der Agrarministerkonferenz in Potsdam vom 3. bis 5. September und der Brandenburger Landtagswahl am 14. September, ein deutliches Signal an die Politik zu senden.

Vom Startpunkt, dem Potsdamer Hauptbahnhof, zogen die Demonstrierenden hinter einem Traktorkonvoi durch das Zentrum von Brandenburgs Landeshauptstadt auf den Luisenplatz zur Abschlusskundgebung. Im Fokus der Proteste stand die brandenburgische Agrarpo-

litik, die weiter große Tiermastanlagen, monotone Fruchtfolgen und die immer größeren Agrarholdings, die das Land unter sich aufteilen, fördert.

„Wir haben es satt!“-Aktion in Erfurt

Auch in Thüringen setzten am 5. September 800 DemonstrantInnen kurz vor den Landtagswahlen ein klares Zeichen gegen die bestehende Agrarpolitik. Besonders kritisierten die Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen und GärtnerInnen, Tier- und UmweltschützerInnen sowie zahlreichen VerbraucherInnen die Anwerbung von industrieller Massentierhaltung und die bisherige Landvergabepolitik der thüringischen Landesregierung. Die Demonstration zeigte, dass auch in Thüringen Weichen für eine Agrarwende gestellt werden müssen.

„Wir haben es satt!“-Kongress in Berlin

Vom 2. bis 5. Oktober, dem Erntedankwochenende, diskutierten in der Emmaus-Kirche in Berlin-Kreuzberg über 500 Menschen über Alternativen zum bestehenden Agrarsystem. Konventionelle und ökologisch arbeitende Bäuerinnen und -bauern, ImkerInnen, Tier- und UmweltschützerInnen und internationale Gäste aus China, Südafrika, Rumänien und Guatemala stellten Alternativen zur industriellen Lebensmittelproduktion vor, darunter solidarische Landwirtschaftsprojekte, Modelle für eine faire Marktregelung, Initiativen zum Saatguterhalt und zur Bodenvergabe. Internationale Beispiele wie ein Bauernmarktprojekt aus China zeigten, dass auch dortzulande eine Bewegung gegen die weitere Intensivierung der Landwirtschaft heranwächst.

In über 20 Arbeitsgruppen wurden Themen vertieft, in Großgruppenformaten wurden die Forderungen der „Wir haben es satt!“-Bewegung an die Agrarpolitik diskutiert, zusammengefasst und anschließend an die Politik weitergegeben. Eingebettet war der „Wir

haben es satt!“-Kongress in das „Stadt Land Food“-Festival, ein Kulturfest für gute Landwirtschaft und gutes Essen. Organisiert hat es die Markthalle Neun, die bereits seit Beginn enger Partner der „Wir haben es satt!“-Demos ist. Auf dem „Stadt Land Food“-Festival gab es Einblicke in die Welt des Lebensmittelhandwerks. Dort wurde gekäst und gewurstet, Kaffee geröstet und den LebensmittelhandwerkerInnen über die Schultern geschaut.

Ein insgesamt gelungener Kongress, der Menschen – jung und alt, aus Politik und vom Bauernhof, VeganerIn und Nicht-VeganerIn – an einen Tisch brachte und dazu einlud, ähnliche Ideen, Probleme, Befürchtungen, Wünsche und Hoffnungen zu diskutieren, neue Netzwerke zu schließen und gemeinsam Lösungen für die Zukunft zu erarbeiten.

Kampagne Meine Landwirtschaft

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

Telefon: 030 / 284 824 37

E-Mail: info@meine-landwirtschaft.de

www.meine-landwirtschaft.de

Jochen Fritz

Iris Kiefer

Regine Holloh

Phillip Brändle

Anhang

Das DNR-Präsidium

Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, Präsident

Natur- und Umweltschutzpolitik, besonders im Kontakt mit der Bundesregierung, dem Bundespräsidenten, dem Deutschen Bundestag und den internationalen Natur- und Umweltschutzorganisationen, internationaler Natur- und Umweltschutz (federführend), Nachhaltigkeitspolitik (federführend), Wirtschafts- und Finanzpolitik (federführend), operatives Geschäft

Kornelie Blumenschein, Schatzmeisterin

DNR-Haushalt, Agrarpolitik, Gentechnik, ökologischer Landbau

Gerlinde Hoffmann

Sport (federführend), Tourismus, Freizeit, Erholung

Sebastian Schönauer

Wasser- und Bodenschutz, Wirtschafts- und Finanzpolitik in Abstimmung mit dem Präsidenten, Leitungskreis Forum Umwelt & Entwicklung

Ludwig Wucherpennig

Tourismus (federführend), Verkehr, Ehrenamt, Alpenkonvention

Leif Miller, 1. Vizepräsident

Internationaler Natur- und Umweltschutz (Ost)/EU (EU-Koordination), Naturschutz/Nationales Naturerbe (federführend), Ehrenamt (federführend), Betreuung der Geschäftsstelle, Personal

Undine Kurth, 2. Vizepräsidentin

Artenschutz (federführend), Tierschutz (federführend), Umweltbildung (federführend), Kultur, Religionen und Umweltschutz

Elisabeth Emmert

Ländlicher Raum (federführend), Wald, Jagd

Kai Niebert

Energie- und Klimapolitik (federführend), Begleitung Projekt Transformationsprozess, Nachhaltigkeitspolitik

Ludwig Sothmann

Ländernaturschutz (federführend), Umsetzung Biodiversitätsstrategie, Landschaftspflege, Umweltbildung, Windenergie

Martin Geilhufe, Jugendvertreter

Jugendpolitik, Zukunftspiloten

Die DNR-Geschäftsstelle

Dr. Helmut Röscheisen, Generalsekretär

allgemeine Geschäftsführung Außenvertretung, Pressearbeit, Stellungnahmen für Gesetzentwürfe etc., Kontakte zu Verbänden, politischen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen, EG-Aktivitäten (federführend), Wirtschafts- und Finanzpolitik (federführend), operatives Geschäft, Koordination Projektgruppen Naturschutzrecht, Verkehr, Jagd, Energieeffizienz, Ehrenamt, Umweltgesetzbuch (UGB), Öko-Audit, ländlicher Raum, Normung, Tourismus

Doris Rohde, Assistentin der Geschäftsführung

Pflege des Internetauftritts, Pflege des Diskussionsportals, Internetrecherchen, Bearbeitung von Publikationen, Vorbereitung von Tagungen, Workshops und Konferenzen, Sachbearbeitung, Büroorganisation, Betreuung der Aushilfen

Aroti Briand (seit 2/14)

Buchhaltung
Aushilfe: Heike Pagel

Helga Inden-Heinrich, stellv. Generalsekretärin

Geschäftsbereiche: Personal, Finanzen und Haushalt, Öffentlichkeitsarbeit, Koordination Mitgliedsverbände und anderer gesellschaftlicher Gruppierungen, Präsidiumsbetreuung
Koordination und Organisation: Deutscher Naturschutztag (DNT), Nationale Koordinierungsstelle IUCN

Projektleitung: Gender-Mainstreaming, Nachhaltigkeitsstrategie und zivilgesellschaftliche Partizipation, DNR-Veranstaltungen allgemein, deutsche Vertreterin der nationalen Verbindungsstelle für Naturschutz beim Europarat (Natururopa-Center), Mitglied AID

Juliane Grüning (Elternzeit), Vertretung: Daniel Hiß (bis 08/2014), Eric Janacek (seit 09/2014)

Sachbearbeitung EU-Koordination, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, nationale Umweltpolitik, Gender-Mainstreaming, Redaktion umwelt aktuell

Anke Draheim

Sekretariat
Aushilfe: Yvonne Sandberg

Arbeitskreise und Projektgruppen des DNR

- ❖ Arbeitskreis Wasser, Forum Umwelt und Entwicklung
- ❖ Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- ❖ Beirat Sport und Umwelt des BMU
- ❖ Deutsche UNESCO-Kommission Bildung für nachhaltige Entwicklung
- ❖ DNR-AK Ehrenamtliches Engagement
- ❖ Europäisches Umweltbüro (EEB)
- ❖ Leitungskreis Forum Umwelt & Entwicklung
- ❖ Forum U&E, verschiedene Arbeitsgruppen
- ❖ Verein Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.)
- ❖ Focal Point IUCN Deutschland
- ❖ Nationale Agentur des Centre Naturopa beim Europarat
- ❖ DNR-Präsidiumssitzungen
- ❖ DNR-Verbändeforum
- ❖ Ökologische Gerechtigkeit

- ❖ Steuerungsgruppe „Langfristige Finanzierungsansätze zur Steuerung des Nationalen Naturerbes“
- ❖ Koordinierungsstelle „Normung der Umweltverbände“ (KNU)
- ❖ Umweltgutachterausschuss (UGA)
- ❖ Bündnis für Gemeinnützigkeit

Veröffentlichungen des DNR

- ❖ Energiewende im Stromsektor erfolgreich fortführen – Gemeinsames Positionspapier der Umwelt- und Erneuerbaren Energienverbände zur Novelle des EEG, 27.01.2014
- ❖ DNR-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und Wohnnutzungen, 10.03.2014
- ❖ DNR-Stellungnahme zur Anhörung zur EEG-Novelle und zur Anlagenregisterverordnung, 12.03.2014
- ❖ DNR-Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS und Rates COM (2014), 180 final, 24.03.2014
- ❖ Polychlorierte Biphenyle (PCB) und ihre Ersatzstoffe – Zeitbombe gefährlicher Chemikalien tickt – Hintergrundpapier zum Pressegespräch am 25.03.2014
- ❖ „TTIP“ NEIN DANKE! TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT GEHT ANDERS – Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum geplanten Freihandels- & Investitionsabkommen EU – USA (TTIP), März 2014
- ❖ „DEN ANKÜNDIGUNGEN MÜSSEN TATEN FOLGEN!“ – Positionspapier der im DNR vertretenen Tier- und Artenschutzorganisationen zur Tierschutzpolitik in der 18. Legislaturperiode – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU, SPD, 16.06.2014
- ❖ „Stoppt den Angriff auf die Zivilgesellschaft in Ungarn!“ – Solidaritätserklärung mit den Organisationen der ungarischen Zivilgesellschaft für Meinungs- und Vereinigungsfreiheit und gegen staatliche Einmischung, Juli 2014
- ❖ Fracking, die Mythen – Kurzanalyse des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), 23.09.2014
- ❖ DNR-Stellungnahme „Forschungsagenda Green Economy“, 22.—10.2014
- ❖ Eckpunkte zum Wasserschutz anlässlich der Novelle der Düngeverordnung, vorgelegt von DNR, BUND, Greenpeace, GRÜNE LIGA; NABU, WWF, 23.10.2014
- ❖ BUNDESBERGGESETZ – eine Reform ist überfällig, November 2014
- ❖ Beteiligung der Zivilgesellschaft an Endlager-Kommission, Dr. Helmut Röscheisen, BBE-Newsletter 14/2014

Pressemitteilungen des DNR

- ❖ Pressekommentar zum soeben veröffentlichten Weißbuch zur EU-Klima- und Energiepolitik bis 2030 - 40 Prozent bedeuten mehr als zehn Jahre Stillstand beim Klimaschutz – Die Kanzlerin muss sich endlich engagieren
- ❖ Umweltverbände begrüßen EU-Initiative zur verpflichtenden CSR-Berichterstattung
- ❖ Pressekommentar EU-Energie- und Klimaziele 2030 – Europa auch in Zukunft abhängig von russischem Öl und Gas?!
- ❖ Gefährliche Polychlorierte Biphenyle (PCB) und ihre Ersatzstoffe – DNR fordert BM Hendricks zum Handeln auf
- ❖ Atommülltagung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen vom 28.—29.März in Berlin

- ❖ 32. Deutscher Naturschutztag vom 08.09.—12.09.2014 im Kurfürstlichen Schloss Mainz - Motto: Verantwortung für die Zukunft – Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen
- ❖ Pressemitteilung Europawahlen - Neues Ranking der Europaabgeordneten zur Klima- und Energiepolitik
- ❖ DNR bei heutiger (29.4.14) Hauptversammlung der Bayer AG: Bayer muss sich an Beseitigung von PCB-Altlasten beteiligen
- ❖ Rückstellungen der Atomkonzerne sichern und überprüfen
- ❖ Umweltverbände betonen Bedeutung Europas für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Forderung nach Reform des CO2-Zertifikatehandels und Absage an TTIP
- ❖ 32. Deutscher Naturschutztag in Mainz „Verantwortung für die Zukunft – Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“
- ❖ Bundestag darf vorliegenden Gesetzentwurf des EEG nicht verabschieden
- ❖ EU-Gipfel zu Energieversorgungssicherheit: Deutsche und französische Organisationen fordern ein verbindliches Energieeffizienzziel von 40 Prozent
- ❖ Aufbau des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE) beginnt – Deutscher Naturschutzring unterstützt die Aufbauarbeit als Träger
- ❖ Straßenbäume vor Abholzung retten!
- ❖ Effizienz muss Leitziel der europäischen Energiewende werden: Verbände fordern ambitioniertes Effizienzziel 2030 als unverzichtbar für Wirtschaft, Verbraucher, Arbeitnehmer und Umwelt
- ❖ Oettinger knickt vor Atom- und Kohleinteressen ein
- ❖ Pressekommentar zur soeben veröffentlichten Mitteilung der EU-Kommission zum EU-Energieeffizienzziel 2030
- ❖ DNR fordert generelles Frackingverbot
- ❖ Bundesverkehrsminister muss Abholzung von Straßenbäumen stoppen!
- ❖ 32. Deutscher Naturschutztag verabschiedet Positionspapier
- ❖ Pressemitteilung Neubesetzung EU-Kommission: EU-Parlament muss Aufweichung der Umweltgesetzgebung verhindern
- ❖ EU-Parlament muss Juncker-Kommission auf zukunftsfähiges Europa verpflichten – Verbände fordern höchste Priorität für Umwelt- und Naturschutz
- ❖ Künftiger Umweltkommissar kann Bedenken nicht ausräumen
- ❖ DNR zu Ergebnissen der Stoiber-Kommission zum Bürokratieabbau in der EU: Kahlschlag beim Umwelt-, Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz
- ❖ DNR: EU-Parlament muss neue EU-Kommission ablehnen
- ❖ EU-Gipfel: Klimaziele müssen erhöht werden – Aktuelles Paket verschiebt Lasten auf künftige Generationen
- ❖ Deutschland muss die Rücknahme zentraler Umweltgesetzgebungen verhindern – Verbände besorgt um Europas Zukunftsfähigkeit
- ❖ Green Economy Konferenz fehlt der Biss
- ❖ Bundesregierung muss Hintergehung von Verbraucherinnen und Verbrauchern stoppen – ein Produktverantwortungsgesetz ist notwendig

Pressekonferenzen und -gespräche des DNR

- ❖ Unternehmen und Umweltorganisationen fordern Verpflichtung zu CSR-Berichterstattung – Einladung zur Pressekonferenz des Deutschen Naturschutzrings und der Deutschen Umweltstiftung anlässlich der Forderung nach einer gesetzlich verpflichtenden Nachhaltigkeitsberichterstattung durch Unternehmen

- ❖ Einladung zum Pressegespräch am 10.03.2014: „Polychlorierte Biphenyle (PCB) und ihre Ersatzstoffe – Zeitbombe gefährlicher Chemikalien tickt“
- ❖ Europa nachhaltig gestalten – Ein ökologischer Fahrplan 2014-2019 - Einladung zum Journalistenworkshop des Deutschen Naturschutzing in Kooperation mit dem Europäischen Haus in Berlin, 13.05.2014
- ❖ Einladung zur Pressekonferenz 32. Deutscher Naturschutztag in Mainz „ Verantwortung für die Zukunft - Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“
- ❖ Einladung zum Pressehintergrundgespräch am 23.06.2014: Rettung der Energiewende durch Boykottierung der EEG-Reform – DNR fordert Abgeordnete auf, den aktuellen EEG-Entwurf Ende Juni nicht zu verabschieden
- ❖ Einladung zur gemeinsamen Pressekonferenz am 17.07.2014 Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) und Deutscher Naturschutzing (DNR): EU-Effizienzziel auf der Kippe
- ❖ Einladung zum Pressegespräch am 18.08.14: Abholzung von Straßenbäumen stoppen!
- ❖ Pressekonferenz zum 32. Deutscher Naturschutztag in Mainz: „Verantwortung für die Zukunft – Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“ im Kurfürstlichen Schloss Mainz, 09.09.2014
- ❖ Abschlusspressekonferenz zum Ende des 32. Deutschen Naturschutztag in Mainz: „Verantwortung für die Zukunft - Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“ im Kurfürstlichen Schloss Mainz, 11.09.2014
- ❖ Einladung zur Pressekonferenz: Stopp der absichtlich verkürzten Lebensdauer von Produkten (geplante Obsoleszenz) – Im Rahmen der Pressekonferenz verabschiedet sich Dr. Helmut Röscheisen als DNR-Generalsekretär nach fast 35-jähriger Tätigkeit, 10.12.14

Veranstaltungen des DNR bzw. mit seiner Beteiligung

- ❖ Alles Öko – oder doch nicht? Labels, Normen und was dahintersteckt – auf den Spuren der „Verbraucher/innenmacht“, 31.01.2014, Berlin
- ❖ Atommüll ohne Ende – Auf der Suche nach einem besseren Umgang, 28./29.03.2014, Berlin
- ❖ Workshop: „Die demografische Chance: Alt und Jung für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Gesellschaft – Was gemeinsam fordern? Wo gemeinsam handeln?“, 23.06.2014, Berlin
- ❖ Parlamentarischer Abend „Schutz von Straßenbäumen ist überfällig“, 01.07.2014, Berlin
- ❖ 32. Deutscher Naturschutztag „Verantwortung für die Zukunft – Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“, 8.–12.09.2014, Mainz
- ❖ Schutzgut Boden im Naturschutz, 17.–19.09.2014, Halle/Saale
- ❖ DNR-Mitgliederversammlung, 29.11.2014, Berlin
- ❖ Workshop „Jung und Alt für generationengerechte Quartiere und sozial-ökologisch innovative Wohn- und Lebensformen“, 11.12.2014, Berlin

Politische Aktivitäten – Spitzengespräche

- ❖ 20.01.2014: BMU-Termin ZG III Matthias Sauer
- ❖ 04.–05.02.2014: Treffen mit EU-Abgeordneten in Straßburg zu 2030
- ❖ 13.02.2014: Treffen mit Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel und VertreterInnen der Natur- und Umweltschutzverbände DNR, BUND, DUH, Germanwatch, Greenpeace, NABU, NaturFreunde und WWF im Bundesministerium
- ❖ 17.02.2014: Gespräch Bundesumweltministerin Barbara Hendricks mit DNR-Präsident Hartmut Vogtmann

- ❖ 17.02.2014: Treffen Umweltkommissar Janez Potočnik mit dem EEB-Präsidium in Brüssel
- ❖ 10.03.2014: Treffen von Bundesumweltministerin Hendricks mit Vertretern der Umweltverbände und Bürgerinitiativen zum Standortauswahlgesetz
- ❖ 11.—12.03.2014: Transatlantisches Treffen der Zivilgesellschaft zum TTIP in Brüssel
- ❖ 12.03.2014: Treffen mit Parteivorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und VertreterInnen der Umweltverbände
- ❖ 17.03.2014: Alljährliches Verbändegespräch mit Leitung Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bonn
- ❖ 18.03.2014: Gespräch mit der Grünen-Bundestagsfraktion zu CETA/TTIP gemeinsam mit Stuart Tree, Council of Canadians
- ❖ 19.03.2014: Gespräch DNR-Präsidium mit Vorstand BIMA, Bonn
- ❖ 21.03.2014: Gespräch DNR und Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) mit Sozialverbänden zum Thema Forschungswende
- ❖ 31.03.2014: Gespräch DNR-Präsidium mit dem Generalsekretär der DBU, Dr. Heinrich Bottermann
- ❖ 25.04.2014: Trägerkreistreffen Atommüll
- ❖ 08.05.2014: Strategietreffen 2030 in Kooperation mit der Klima-Allianz
- ❖ 13.05.2014: Treffen des TTIPunfairHandelbar-Bündnisses in Berlin
- ❖ 16.05.2014: Gespräch DNR-Präsidium und BUND-Vorstand
- ❖ 21.05.2014: Verbändegespräch mit der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks
- ❖ 23.05.2014: Gespräch mit Wolfgang Tiefensee (SPD) zu TTIP
- ❖ 01.07.2014: Dialogforum Naturschutz VII des Bundesumweltministeriums
- ❖ 02.07.2014: Gespräch Umweltverbände mit der Umweltministerkonferenz
- ❖ 02.07.2014: Diskussion zu TTIP mit ReferentInnen der Bundestagsfraktionen und MitarbeiterInnen des US-Kongresses
- ❖ 10.07.2014: Plattform Energieeffizienz BMWi
- ❖ 14.—15.07.2014: Treffen der Europäischen Zivilgesellschaft zu TTIP in Brüssel
- ❖ 03.09.2014: DNR-Verbandsforum
- ❖ 04.—05.09.2014: Treffen deutscher Mitglieder Focal Point IUCN Deutschland zum Thema Nationalkomitee
- ❖ 08.09.2014: Treffen mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt
- ❖ 01.10.2014: Gespräch Umweltverbände mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel
- ❖ 22.10.2014: Gespräch mit Matthias Miersch (MdB) über aktuellen Stand der Fracking-Gesetze
- ❖ 19.11.2014: Verbändetreffen mit Bundesministerin Barbara Hendricks
- ❖ 20.11.2014: Treffen der deutschen EEB-Mitglieder
- ❖ 20.11.2014: Runder Tisch Wolf, Bundesumweltministerium
- ❖ 21.11.2014: Fachgespräch Klima mit Staatssekretär Flasbarth, BMUB
- ❖ 26.11.2014: Vorbereitung der COP 20, Gedankenaustausch mit Bärbel Höhn MdB
- ❖ 03.12.2014: Infoveranstaltung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesminister Sigmar Gabriel
- ❖ 04.12.2014: Treffen mit parl. Staatssekretärin Maria Flachsbarth, BMEL

Seminare, Veranstaltungen und Lobbyarbeit der EU-Koordination

- ❖ 18.02.2014: Gespräch des Vorstandes des Europäischen Umweltbüros mit EU-Umweltkommissar Potočnik über Energie-Klimapolitik 2030, EU-Ressourcenpolitik sowie die EU-Bodenschutzrichtlinie
- ❖ 6.03.2014: Moderation einer vom Europäischen Haus in Berlin organisierten Diskussion mit Umweltkommissar Janez Potočnik und Damian Ludewig vom Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) zum Thema Ressourcenschonung und ökologische Grenzen des Planeten

- ❖ 18.–20.03.2014: jährliche Studienfahrt der EU-Koordination nach Brüssel (etwa 20 VertreterInnen von 15 verschiedenen Umweltorganisationen nahmen teil) auf Einladung des Grünen-Verkehrspolitikers Michael Cramer
- ❖ 13.05.2014: Schulung für Trainees des „Naturegio-Balkans“-Projekts der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz zum Thema Naturschutz in der EU in der Naturschutzakademie Camp Reinsehlen
- ❖ 21.05.2014: Bundespressekonferenz unter dem Titel „Europa vor der Wahl“ der EU-Koordination des DNR in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden BUND und NABU
- ❖ 05.06.2014: Seminar zu EU-Entscheidungsprozessen für das Kampagnennetzwerk Campact,
- ❖ 30.06.2014: Treffen mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger in Zusammenarbeit mit Unternehmen, Gewerkschaften, Entwicklungs- und Verbraucherschutzorganisationen für ein ehrgeiziges Energiesparziel für 2030
- ❖ 19.09.2014: Diskussion zu euroskeptischen Parteien bei der Europawahl beim BUND Berlin mit VertreterInnen von CDU, SPD, BÜNDNIS90/Die Grünen, Die Linke und FDP mit dem Fokus auf TTIP, die EU-Energie- und Klimaziele und Ökodesign
- ❖ 20.11.2014: Workshop „EU-politischer Umweltimpuls zum drohenden Rollback der EU-Umweltgesetzgebung“ zur neuen Struktur der EU-Kommission
- ❖ 20.11.2014: Vernetzungstreffen zwischen dem EEB-Politikdirektor Pieter de Pous und den deutschen EEB-Mitgliedsverbänden
- ❖ unter Beteiligung von Experten aus Regierung und Wissenschaft organisierte die EU-Koordination 2014 eine Reihe von Strategietreffen für die deutschen Verbände zum Energie- und Klimapaket 2030

Publikationen der EU-Koordination

Printpublikationen der EU-Koordination 2014:

- ❖ EU-Fonds 2014-2020, Themenheft zu Fördermöglichkeiten für Umweltverbände in der neuen Finanzperiode

Der monatliche Informationsdienst *umwelt aktuell* wurde intensiv genutzt, um europapolitische Umweltthemen – insbesondere mit dem Schwerpunkt Europawahl, Deregulierung und langfristige EU-Umweltpolitik – komprimiert und gut verständlich zu vermitteln.

- ❖ Umwelt aktuell Spezial: [EU-Tendenzen zu Deregulierung \(12/14\)](#)

Folgende Onlinepublikationen erarbeitete die EU-Koordination 2014:

- ❖ [Junckers EU-Kommission – Auf dem Weg zur europäischen Regierung](#), DNR-Sonderheft

Die elektronischen „DNR-Steckbriefe“ dienen der niedrigschwelligen und übersichtlichen Zusammenfassung von neuen Instrumenten, Strategien oder Gesetzesprozessen. Sie stehen auf der Website www.eu-koordination.de/publikationen/themenhefte zum Download bereit. 2014 wurden folgende Steckbriefe und Hintergrundbriefings fertig gestellt bzw. aktualisiert:

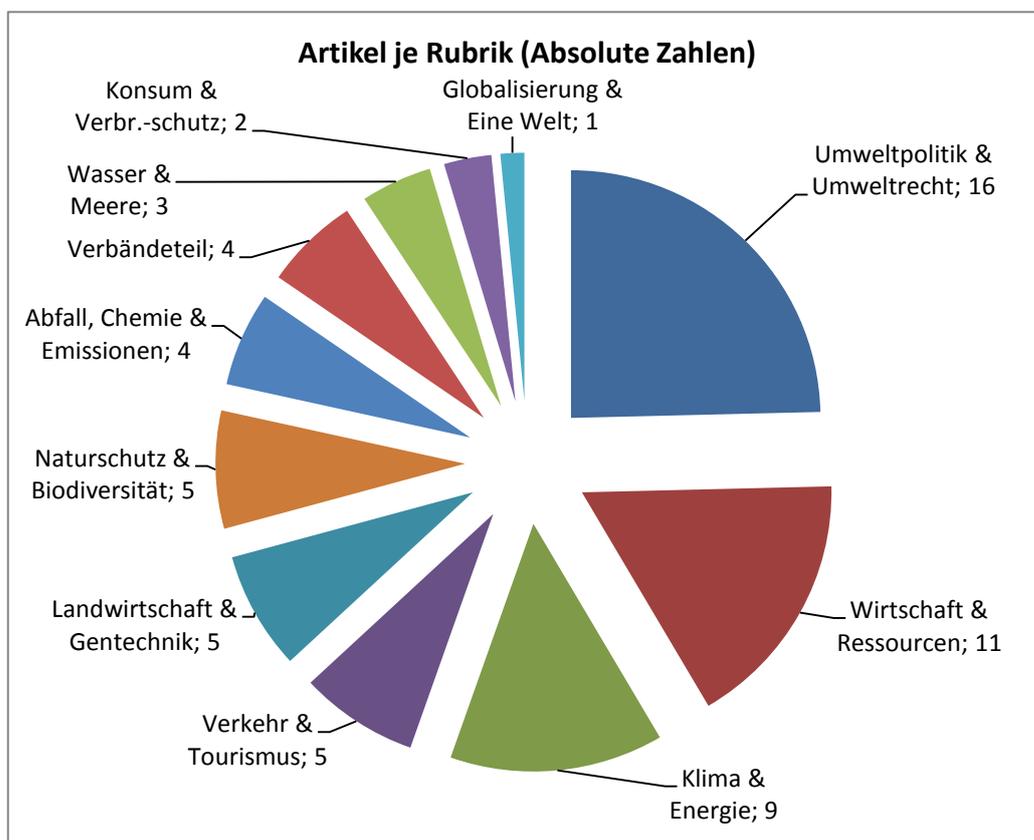
- ❖ [Hin zur Revision der Strategie Europa 2020](#)
- ❖ [Neue EU-Richtlinien für das Vergaberecht](#)
- ❖ [TTIP: Die Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen EU und USA](#)
- ❖ [Überarbeitung der EU-Abfallpolitik](#)

- ❖ Die Revision der UVP-Richtlinie
- ❖ CETA: Das Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada
- ❖ Gesetzgebung in der EU – das ordentliche Verfahren
- ❖ Wahlprüfsteine des DNR – das antworten die Parteien
- ❖ Die Europawahl 2014
- ❖ Bundestag und Bundesrat in der EU
- ❖ Ergebnisse der Strukturpolitikreform
- ❖ EU-Klima- und Energieziele 2030

Themenstatistik umwelt aktuell 2014

- ❖ 02/14 – 12/14 (zehn Ausgaben; Doppelausgaben: 08/09, 12/01)
- ❖ Gastartikel + Kommentare + Interviews: 65

Themen nach Rubriken sortiert:	N	%
❖ Umweltpolitik & Umweltrecht:	16	24,6
❖ Wirtschaft & Ressourcen:	11	16,9
❖ Klima & Energie:	9	13,8
❖ Landwirtschaft & Gentechnik:	5	7,7
❖ Naturschutz & Biodiversität:	5	7,7
❖ Verkehr & Tourismus:	5	7,7
❖ Abfall, Chemie & Emissionen:	4	6,2
❖ Verbändeteil:	4	6,1
❖ Wasser & Meere:	3	4,6
❖ Konsum & Verbraucherschutz:	2	3,1
❖ Globalisierung & Eine Welt:	1	1,5
❖ Tierschutz & Ethik:	0	0

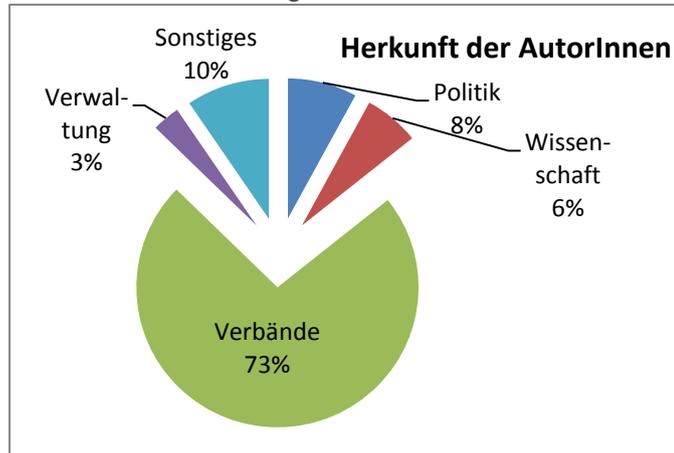
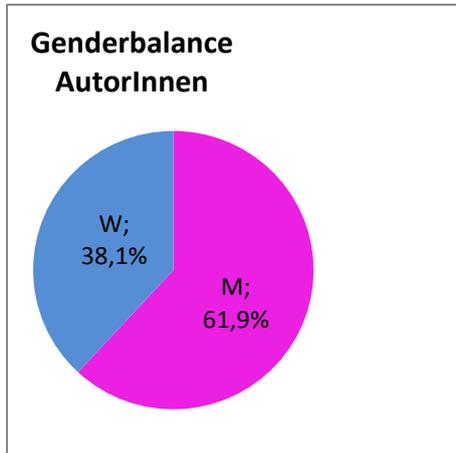


AutorInnen/InterviewpartnerInnen: Insgesamt: 63

- ❖ M: 39, 61,9 %
- ❖ W: 24, 38,1 %

Herkunft der AutorInnen N %

- ❖ Politik: 5 8
- ❖ Wissenschaft: 4 6
- ❖ Verbände: 46 73
- ❖ Verwaltung: 2 3
- ❖ Sonstiges: 6 10



DNR-Mitgliedschaften

DNR-Mitgliedschaften	AnsprechpartnerInnen
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	Ludwig Wucherpennig, Bettina Kühnast (Europarc)
Climate Action Network (CAN)	Bjela Vossen
Europäische Vereinigung für Normung der Umweltverbände (ECOS)	
Europäisches Umweltbüro (EEB), Brüssel	Bjela Vossen
Verein grüner Strom, Label e.V.	
Verein Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.)	Helga Inden-Heinrich
Focal Point IUCN Deutschland	Helga Inden-Heinrich

VertreterInnen des DNR in verschiedenen Gremien

Delegiert

AID Mitgliederversammlung	Helga Inden-Heinrich
Beirat des Nationalparks Berchtesgadener Land	Rita Poser, örtl. BUND-Kreisgruppen-vorsitzende
Beirat für Raumordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)	Dr. Brigitte Dahlbender(BUND)
Beirat interkulturelles Bündnis für Nachhaltigkeit	Helga Inden-Heinrich
BIMA-Fachbeirat NNE-Bundeslösung	Adrian Johst, Christian Unsel
Bündnis für Gemeinnützigkeit	Dr. Helmut Röscheisen
Deutscher Naturschutztag (DNT)	Helga Inden-Heinrich, Prof. Hartmut Vogtmann
DNR-Strategieguppe Nationales Naturerbe	Leif Miller
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe	Elisabeth Emmert
Fachbeirat EMAS der KPMG Cert	Dr. Helmut Röscheisen
Jury Förderpreis Ökologischer Landbau	Dr. Helmut Röscheisen
Jury UN-Dekade „Biologische Vielfalt“	Helga Inden-Heinrich
Kommission für Anlagensicherheit (KAS)	Dr. Ursula Fischbach (BUND), Claudia Baitinger (BUND), Oliver Kalusch (BBU)
Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)	Margita Dihlmann (Bundesverband für Umweltberatung)
Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)	Undine Kurth
Leitungskreis Projektstelle Forum Umwelt und Entwicklung	Sebastian Schönauer
Nationale Verbindungsstelle für Naturschutz (Naturopa) beim Europarat	Helga Inden-Heinrich
Nationales CSR-Forum (Corporate Social Responsibility) beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)	Jörg Sommer (Deutsche Umweltstiftung)
Normungsausschuss Umweltschutz beim DIN (NAGUS)	Dr. Ludwig Glatzner (BUND)

NABau NA 005-01-31 AA Nachhaltiges Bauen; CEN TC 350 (Mitarbeit im TC, TF(RD), WG3; CEN/TC 350/JWG; DIN-KU-Fachbeirat	Holger König
NA Bau NA 005-01-31 AA Nachhaltiges Bauen; NAGUS NA 172-00-03 AA Ökobilanzen u. um- weltbezogene Kennzeichnung	Dr. Eva Schmincke
Umweltgutachterausschuss UGA	Mitglieder: Dr. Joachim Nibbe (NaturFreunde Deutschlands), Marion Hasper (BUND), Prof. Dr. Jens Pape (NABU) Stellvertreter: Marion Hammerl (Bodensee- Stiftung - Internationale Stiftung für Natur und Kultur), Dr. Ludwig Glatzner (BUND), Wolfgang Guhle (NaturFreunde Deutschlands)

Überblick über Projekte des DNR

Redaktion umwelt aktuell

Helga Inden-Heinrich (verantw.)
Marion Busch, Daniel Hiß (bis 09/14), Eric
Janacek (seit 09/14); FÖJ: Valentina Voß (bis
08/2014), Robert Multrus (bis 08/2014), Jurek
Brzoska (ab 09/2014), Aylin Sprünken (ab
09/2014)

EU-Koordination / Projekt „EU-Umweltpolitik Reloaded“ und „Fit für die neue EU-Finanzperiode“

Bjela Vossen, Stefanie Langkamp, Antje Men-
sen, Lavinia Roveran (Aushilfe)

Nachhaltigkeitsprojekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung“

Theresa Klostermeyer, Ragna Bergk

Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung

Jürgen Maier, Alessa Hartmann, Marie-Luise
Abshagen

NGO-Vernetzung zu Handel und Umwelt und Begleitung Freihandelsverhandlungen – TTIP

Alessa Hartmann

Rio+20-Vorbereitung

Cathrin Klencik

Dialogplattform Wald

László Maráz

Kompetenzzentrum Naturschutz & Energie- wende (KNE) i.G.

Dr. Torsten Ehrke, Michael Krieger, Sabine
Spilles

Meine Landwirtschaft

Jochen Fritz, Iris Kiefer, Regine Holloh, Phillip
Brändle

Projekt Mehr Agrarökologie

Janine Jachtner

Projekt Reform des Bundesberggesetzes

Daniel Hiß, Simon Straub

Deutscher Naturschutzring

Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Deutscher Naturschutzring

Geschäftsstelle
Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 – 70
Fax: 030 / 678 1775 – 80
E-Mail: info@dnr.de
Internet: www.dnr.de

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) i.G.

Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 91
E-Mail: info@naturschutz-energiewende.de

EU-Koordination

Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 – 70
Fax: 030 / 678 1775 – 80
E-Mail: eu-info@dnr.de
Internet: www.eu-koordination.de

Redaktionsbüro / Redaktion umwelt aktuell

Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 – 82, -81
Fax: 030 / 678 1775 – 80
E-Mail: redaktion@dnr.de
Internet: www.umwelt-aktuell.eu

Projekt Generationengerechtigkeit

Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 – 87
Fax: 030 / 678 1775 – 80
E-Mail: theresa.klostermeyer@dnr.de
Internet: www.nachhaltigkeits-check.de

Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung

Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 – 93
Fax: 030 / 678 1775 – 80
E-Mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Kampagne Meine Landwirtschaft

Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Tel. 030 / 28482437
Fax 030 / 27590312
E-Mail: info@meine-landwirtschaft.de
Internet: www.meine-landwirtschaft.de